

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

34 (10.2.1913) Erstes Blatt

Volkstreue

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 $\frac{3}{4}$, vierteljährl. 2,25 $\frac{3}{4}$; abgeholt monatl. 65 $\frac{3}{4}$; am Postkassette 2,10 $\frac{3}{4}$, durch den Briefträger 2,52 $\frac{3}{4}$ vierteljährl.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 $\frac{3}{4}$. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Goldregen in der Montan-Industrie.

Im Jahre 1912 gab es in der Montanindustrie 228 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 471 605 000 M. Hier von sind in reinen Betrieben 1 047 746 000 M. angelegt, in sogenannten gemischten Betrieben (wo Hütten- und Bergbau verschmolzen sind) 1 423 859 000 M.

Die wirtschaftlichen Vorteile der gemischten Betriebe vor den reinen zeigen sich nicht nur in den bessern Absatzmöglichkeiten, sondern auch in den Gewinnen, wie die Vergleiche aus der letzten wirtschaftlichen Aufschwungsperiode 1909-1912 zeigen. Es betragen überhaupt:

Jahr	Zahl der Gesellschaften	Kapital in 1000 Mark	Dividende in Prozenten
1909	247	2 105 698	7,7
1910	237	2 192 894	8,5
1911	235	2 850 416	9,1
1912	228	2 471 605	9,9

Die reinen Bergbaugesellschaften partizipieren an diesen Ziffern wie folgt:

Jahr	Kapital in 1000 Mark	Dividende in Prozenten
1909	974 832	8,1
1910	980 775	7,6
1911	1 032 089	7,9
1912	1 047 746	8,4

Die gemischten Werke:

1909	1 130 866	84 589	7,5
1910	1 212 119	111 592	9,2
1911	1 348 327	135 390	10,0
1912	1 423 859	158 168	11,1

Wir sehen, bei den gemischten Werken sind nicht nur die Dividenden um ein erhebliches höher, nein, auch die Steigerung der Gewinne ist eine gewaltigere als bei den reinen Werken. Das ist der klingende Erfolg der Fusionsbestrebungen in der Montanindustrie, wie wir aber an den Ziffern erkennen, rentieren sich auch die reinen Werke übermäßig. Die Montanindustrie bringt eben Goldregen für die Kapitalisten. Wer Montanpapiere sich zuletzt, hat meist Buchergewinne auf Kosten der Verbraucher und Arbeiter. Was einzelne Gesellschaften bzw. Gewerkschaften z. B. im Ruhrbergbau in den beiden letzten Jahren verdient haben, darüber gibt folgende Tabelle Auskunft:

	1912	1911
Sarpen	21 579 100	16 012 000
Hibernia	13 581 088	10 878 936
Bochumer Bergwerk	1 052 325	685 722
Wesphalener A.-B.	586 649	500 270
Esch	6 444 146	3 757 819
Graf Bismarck	4 613 945	3 682 238
König Ludwig	3 635 278	2 532 477
Langenbrunn	3 002 730	2 675 903
Königin Elisabeth	2 952 127	2 068 000
Dortmunder	1 875 532	1 423 507
Graf Schwerin	1 327 233	1 030 304
Joh. Deimelsberg	712 806	207 255
Widder	759 104	634 606
Heinrich	615 061	509 862
Zeppel	317 201	193 241
Alte Haase	203 446	108 276
Ver. Eisenbahn und Charl.	205 320	163 721
Caroline	217 571	206 100
Gottesfegen	84 936	82 217

Das sind Zahlen, deren Gewinne bis jetzt für 1912 bekannt geworden sind. Noch stehen die großen gemischten Werke, wie „Phönix“, „Gutehoffnungshütte“, „Deutsch-Luxemburg“, „Gelsenkirchen“ mit ihren Riesengewinnen aus, aber die oben angegebene Steigerung der Dividenden summen zeigen uns schon, wie es hier aussehen wird. Wir wollen nicht im Gegensatz zu den Gewinnen die Verhältnisse der Bergarbeiter schildern. Wir weisen nur auf das Unglück hin, das über sie hereinbrach, als sie im März vergangenen Jahres ihren Anteil an der wirtschaftlichen Hochkonjunktur verlangten. Die Bergarbeiter wurden dank des Verrats der Zentrumsopposition, des christlichen Gewerkschaftsvereins, und mit Hilfe der andern Gewalten zu Boden geworfen. Die Folge davon ist, daß die Bergarbeiter weiter entbehren müssen, die Geschäftswelt leidet gleichfalls. Aber lachen dürfen die Grubenbesitzer, ihnen haben die Staatsgewalt, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, sowie das Zentrum zu den alten neue Millionen summen in die Taschen hineingelegt.

Unwürdig, tauglich—Landsturm.

Im vergangenen Jahre brachten unsere Genossen Schulz und Dr. Frank im Reichstage eine Angelegenheit zur Sprache, die den Terrorismus und die Engerzigkeit der preussischen Schul- und Militärbehörden drastisch beleuchtete. Es handelte sich um den Sohn unseres Genossen Düwelle. Der junge Mann hatte als Kaufmannslehrling einen Bildungsverein für Jugendliche gegründet. Unter dem bekannten scharfen Wind, der Ende 1909 gegen die proletarische Jugendbewegung einsetzte, wurde auch dieser

Verein für politisch erklärt. Gegen Düwelle wurde ein Verfahren wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes eingeleitet. Das Urteil lautete auf 6 M. Geldstrafe. In der Begründung des Urteils wird auch die politische Stellung des Vaters des Angeklagten betont. Der Vater sei ein bekannter Sozialdemokrat, daraus sei zu schließen, daß der vom Sohn gegründete Verein ebenfalls politische Zwecke verfolge. Mit der Beurteilung war die Sache aber noch nicht erledigt. Der junge Düwelle hatte sich privatim auf das Abiturientenexamen vorbereitet. Sein Gesuch um Zulassung zur Prüfung wies die Schulbehörde zurück, zunächst weil ein Strafverfahren gegen ihn schwebte und später endgültig, weil er wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes bestraft worden sei. Hieraus ergebe sich ein Mangel an sittlicher Reife, der ihn der Zulassung zum Abiturientenexamen unwürdig mache. Beschwerden gegen den Entscheid waren erfolglos.

Die Schulbehörde konnte aber nicht verhindern, daß Düwelle an der Landeshochschule immatrikuliert wurde. Um nun hier sein Studium beenden zu können, beantragte er auf Grund eines wissenschaftlichen Befähigungsnachweises bei der Militärbehörde die Ausfertigung eines Vereidigungsscheines zum einjährig-freiwilligen Dienst und Zurückstellung vom Militärdienst auf drei Jahre. Unter Berufung auf die Entscheidung des Provinzial-Schulkollegiums verweigerte die Militärverwaltung die Ausstellung des Scheines. Die vorgelegten Instanzen und auch der Kriegsminister bestätigten die Maßnahme der Militärbehörde. Düwelle mußte sich zur Stammrolle melden und wurde sofort als tauglich zur Infanterie ausgetrieben. Sein erneutes Gesuch um Zurückstellung zwecks Beendigung seines Studiums wurde dann auch von der königlichen Ersatzkommission des zuständigen Bezirks Richtenberg prompt zurückgewiesen. Kurz vor der Generalmusterung kam die Angelegenheit im Reichstag zur Sprache. Der Kriegsminister zog es damals vor, die ganze Verantwortung für das Vorgehen gegen Düwelle dem Provinzialschulkollegium zuzuschreiben. Als das geschah, hatte er selbst schon eine Beschwerde Düwells zurückgewiesen. Bei der kurz darauf abgehaltenen Generalmusterung wurde Düwelle ohne förmliche Untersuchung auf ein Jahr zurückgestellt. Das war im Sommer 1912. An diesem war die Militärverwaltung aber schon zur Ansicht gekommen, Düwelle sei überhaupt militäruntauglich. Am 4. Januar 1913 wurde der Vater des Delinquenten, Genosse Düwelle, von der königlichen Landwehrinspektion Berlin I ganz plötzlich telefonisch gebeten, seinen Sohn doch sofort zu einer außerterminlichen Musterung in das Landwehrbezirksgebäude zu senden. Der Bitte wurde entsprochen. Nach kurzer Untersuchung fand der Arzt, Düwelle sei dienstuntauglich; er wurde dem Landsturm ohne Waffe überwiefen.

Nun hat der Vereidigungsschein für Düwelle natürlich keinen praktischen Wert mehr. Daß der untertugendliche Arzt bei der außerterminlichen Musterung für Düwells körperliche Mängel, die man bei der ersten Musterung durchaus nicht finden konnte, ein verständnisvolleres Auge hatte, ist sehr erfreulich, aber für die Schul- und Militärbehörde ist die ganze Affäre wohl kaum erfreulich, Ansehen haben sie nicht dabei erworben.

Eine bevorstehende wichtige Volksabstimmung in Australien.

a. k. Das Volk von Australien, d. h. die über 21 Jahre alten Staatsangehörigen beider Geschlechter in der Zahl von nahezu 2 1/2 Millionen, fast die Hälfte der Bewohner, hat in nächster Zeit über eine bedeutungsvolle Aenderung der Bundesverfassung zu entscheiden. Es handelt sich um wesentlichen um die Erweiterung des Rechtes der Bundesgesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbe- und Sozialpolitik, der Ueberwachung der Kapitalgesellschaften und um das Recht, bestehende Privatmonopole zu nationalisieren, d. h. in Bundesbetriebe zu verwandeln. Da die geforderten Rechte bereits alle den Einzelstaaten zustehen, handelt es sich also weniger darum, neue Grundzüge einzuführen, als ihre Verwirklichung im Gesamtinteresse zu sichern. Während heute die Parlamente der Einzelstaaten, deren „Oberhaus“ nur von Leuten mit mindestens 1000 M. Einkommen aus Grundbesitz gewählt wird, von ihren Befugnissen unter dem Einfluß kapitalistischer Gruppen keinen oder ungenügenden Gebrauch haben, würde das Bundesparlament, dessen beide Kammern auf demselben demokratischen Wahlrecht beruhen und Arbeitermehrheiten aufweisen, die zu schaffenden Verfassungsbestimmungen auch in die Praxis übertragen. Es handelt sich dabei um folgendes:

1. Die heute der Bundesgesetzgebung zustehende Befugnis, Gewerbe- und Handelsbetriebe zur Regelung des Verkehrs zwischen den Staaten oder mit anderen Ländern zu erlassen, soll von dieser Beschränkung befreit, also auch auf die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Bundesstaaten ausgedehnt werden. Bestehen soll die Beschränkung auch ferner für Staatsbahnen, um die partikularistische Furcht vor Einführung des Bundesbahnsystems zu beruhigen.

2. Die bisher auf ausländische oder Handels- und Finanzgesellschaften mit einem sich über das ganze Bundesgebiet erstreckenden Geschäftsbetrieb beschränkte Aufsichtsbefugnis des Bundes soll auf alle auf Gewinn ausgehenden Gesellschaften ausgedehnt werden. Das Recht der Regelung, Beaufsichtigung, Auflösung soll sich also auch auf die nur für das Gebiet eines Staates gebildeten Gesellschaften solcher Art, also mit Ausschluß religiöser, wohlthätiger, wissenschaftlicher u. ä. Vereine wie auch der vom Staate oder von Kommunalverbänden geschaffenen Körperschaften erstrecken.

3. Anstatt des jetzt bestehenden Rechtes der Vermittlung in Arbeitsstreitigkeiten, die sich über das Gebiet eines Staates hinaus erstrecken, soll der Bund das Recht erhalten, einzugreifen in „Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses und der Arbeitslosigkeit“, einschließlich a) die Bedingungen für Arbeit und Beschäftigung in jedem Gewerbe oder Berufe; b) Rechte und Pflichten von Unternehmern und Arbeitern; c) Streiks und Aussperrungen; d) Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten.

4. Ausdehnung des Vermittlungsrechtes auf Arbeitsstreitigkeiten bei Staatsbahnen. Diese Befugnis des Schiedsgerichtshofs war schon im Schiedsgerichtsgesetz von 1904 ausgesprochen, dann aber vom Höchstgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Dem soll die Verfassungsänderung abhelfen.

5. Regelung von Trusts, Vereinigungen oder Monopolen in Bezug auf Erzeugung, Verarbeitung oder Beschaffung von Waren oder Beschaffung von Diensten.

6. Nationalisierung der Monopole. Wenn beide Häuser des Parlaments in derselben Session mit Mehrheit sämtlicher Mitglieder die Erzeugung, Verarbeitung oder Beschaffung bestimmter Leistungen als Gegenstand eines Monopols erklären, soll das Parlament die Macht haben, Gesetze zur Erwerbung dieser Unternehmungen durch den Bund oder nach dessen Vorbericht zu erlassen und die Enteignung alles damit in Verbindung benutzten Eigentums unter gerechten Bedingungen anzuordnen. — Ausgenommen sind auch hier wieder die Einzelstaatsbetriebe.

Die Entscheidung über diese Vorlage wird Zeugnis geben, wie weit die sozialpolitischen und staatssozialistischen Ideen in den letzten zwei Jahren im australischen Volke neuen Boden gewonnen haben. Eine gleichartige Vorlage ist nämlich in der Volksabstimmung vom 26. April 1911 mit der gewaltigen Mehrheit von 687 000 gegen 443 000 Stimmen (61 gegen 39 Proz.) bei einer Beteiligung von nur 48 Proz. der Stimmberechtigten abgelehnt worden. Damals hatten die Kapitalgesellschaften alle Hebel in Bewegung gesetzt und mit einem Aufwand von über 2 Millionen Mark das noch ungenügend aufgeklärte Volk zur Preisgabe seiner eigenen Interessen gebracht, wobei auch die Angst vor einer Uebermacht der Bundesgewalt eine Rolle spielte. Soffen wir, daß die gewachsene Einsicht diesmal ein besseres Ergebnis gewährleistet.

Deutsche Politik.

Ein deutsch-englisches Abkommen?

In der Budgetkommission des Reichstags kam bei der Beratung auswärtiger Fragen Staatssekretär v. Tirpitz auch auf den von englischer Seite gemachten Vorschlag eines Verhältnisses von 10:16 zwischen der deutschen und der englischen Schlachtflotte für die nächsten Jahre zu sprechen. Herr v. Tirpitz erklärte, daß dieser Vorschlag auch vom Standpunkt seines Ressorts aus annehmbar sei. Damit wäre die Möglichkeit einer deutsch-englischen Verständigung über die Einschränkung der maritimen Rüstungen gegeben. Wie nicht anders zu erwarten war, sind unsere Panzerplatten-„Patrioten“ über diese Erklärung des Staatssekretärs der Marine sehr enttäuscht. Die „Berliner Neuzeit“ schreibt bereits: „Wo soll das hinaus?“ Sie behaupten, daß die Erklärung des Herrn v. Tirpitz in schroffem Gegensatz stehe zu der Stellung, die der Reichskanzler im vorigen Jahre eingenommen habe, als er nachgewiesen habe, daß ein Abkommen dieser Art nicht möglich sei.

Was hat man in Preußen-Deutschland nicht alles schon für unmöglich gehalten? Noch vor wenigen Jahren hat man die Einführung direkter Reichsteuern für unmöglich gehalten. Heute spricht davon selbst die Reichsregierung nicht mehr. Soffentlich bleibt es hinsichtlich der von englischer Seite gemachten Anregung nicht bei dem bloßen guten Willen zu einer Verständigung.

Die Kosten der neuen Militärvorlage. Wie die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, betragen die laufenden Aufwendungen für die neue Militärvorlage pro Jahr 116 Millionen M.

Einzelheiten über die neue Militärvorlage. Die „Tägl. Rundschau“ hat erfahren, daß die „Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nach den Vorschlägen des Generallieutnants in der Form erfolgen soll, daß eine jährliche Mehrreinstellung von 45-50 000 Mann in das stehende Heer festgesetzt wird. Das ist nach genauen statistischen Berechnungen die Zahl derjenigen Tauglichen, die derzeit nicht zur Einstellung gelangen. Diese Vermehrung des stehenden Heeres an Mannschaften soll dazu verwendet werden, die noch feh-

lenden dritten Bataillone bei 18 Regimentern aufzustellen. Ferner ist beabsichtigt, den niederen Mannschafsetat der 73 Bataillone des Heeres, der ohne Unteroffiziere nur 482 Mann beträgt, vollständig fallen zu lassen und alle Bataillone des deutschen Heeres auf den hohen und mittleren Etat zu bringen. Endlich wird die Erhöhung der Artilleriebespannung angefordert, wodurch ebenfalls eine Mehrzinstellung von Mannschaf notwendig ist. Dagegen wird vorerst von der von sachverständiger Seite schon lange gewünschten Umorganisation der Feldartillerie in die vier-Geschütze-Batterie Abstand genommen werden, da sich der gegenwärtige Zeitpunkt für eine organisatorische Ueberänderung in dieser Beziehung nicht eigne. Die neue Militärvorlage wird weiter die Stäbe der Kavallerie-Divisionen schon für die Friedenszeit fordern und die Aufstellung von Radfahrtruppen bei jeder Kavallerie-Division.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der neuen Militärvorlage steht die Absicht der Militärverwaltung, die Grundzüge für die Einstellung Militärflichtiger zu ändern, die im § 28 der Wehrordnung vom Jahre 1888 vorgesehen sind. Man denkt daran, bei der Musterung sämtliche für den Kriegsdienst taugliche Leute für „tauglich“ zu erklären, indem die unbedingt Tauglichen als „tauglich 1“, die minder Tauglichen als „tauglich 2“ bezeichnet werden. Es wäre dann bei der Einstellung zuerst sämtliche Leute mit dem Prädikat 1 der Armee zuzuführen und bei Bedarf die ältesten vom „tauglichen 2“ herauszuziehen bis zur Vervollständigung des Bedarfs. Die bisherige Handhabung der Aushebung habe die bedenkliche Folge, daß durchaus taugliche Leute in die Ersatzreserve abgehoben wurden. . . . Außer den vorerwähnten Forderungen dürfte die neue Militärvorlage noch eine Reihe kleinerer Wünsche der Armee enthalten, deren Umfang im gegenwärtigen Augenblick noch nicht festzustellen scheint. Die von diesen Seiten geforderte militärische Ausbildung der Ersatzreserve wird nicht verlangt, da das Guthaben des Generalstabs ein ablehnendes ist.

Die „Tagl. Rundschau“, der die Verantwortung für diese Mitteilung überlassen werden muß, versichert noch, daß die neue Militärvorlage erheblich mehr Ausgaben verursachen wird, als die beiden letzten Vorlagen von dem Jahre 1910 und 1912 zusammen. Für die Deckung käme außer der vom Reichschatzamt ausgearbeiteten Vermögenszuwachssteuer, die Erbschaftsteuer und eine Wehrsteuer in Frage.

Internationale Verständigung über Afrika? Die „V. Hg.“ meldet, ein in Berlin weilender bekannter englischer Parlamentarier habe mitgeteilt, die englische Regierung trage sich mit dem Gedanken der Einberufung einer internationalen Afrikakonferenz, die dem Zweck dienen soll, eine vernunftgemäße Regelung möglichst aller großen Kolonialfragen auf afrikanischem Boden anzustreben. Als Ort der Tagung sei vorläufig der Haag in Aussicht genommen.

Dem Verdienste seine Krone! Die „Post“ findet, daß die Tat des Straßburger Narren auch ihr gutes gehabt hat. Sie habe gezeigt, in wie unglaublich kurzer Zeit es bei uns möglich ist, eine Truppenmasse aller Waffengattungen von rund 15 000 Mann zu alarmieren und sie vollständig ausgerüstet zu einem bestimmten Zweck auf einem bestimmten Platz bereitzustellen.

Daß der Alarm so über alle Maßen hervorragend „geklappt“ hat, ist der beste Beweis, daß der vom „Vorwärts“ bezeichnete „Organismus“ unseres Heeres außerordentlich lebendig ist, und daß der von ihm betriebene „Mechanismus“ so präzis arbeitet, daß wir uns dazu nur beglückwünschen können.

Wie wäre es, wenn man Herrn August Volter einen Orden gäbe? Die Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler zum Beispiel haben in den meisten Fällen sehr viel weniger an Leistungen und an Witz aufzuweisen als der Zahlmeister mit den überwertigen Ideen.

Die Welt geht unter! In Mühlhausen i. E. ist die demokratisch-sozialdemokratische Mehrheit zurzeit der Gottentottewahlen gebrochen, aber, da die Bevölkerung mit der einseitig kapitalistischen Wirtschaft außerordentlich unzufrieden war, längst wieder hergestellt worden. Der unter Ausschaltung der Sozialdemokratie gewählte Bürgermeister hat sich (übrigens trotz guten Willens und ersten Fleißes) als so unfähig erwiesen, daß er schleunigst selbst auf sein Amt verzichtet hat und jetzt steht im „Vorwärts“ folgendes Inserat:

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt Mühlhausen i. E. soll auf eine Amtsdauer von 8 Jahren besetzt werden. Bewerbungen mit Gehaltsangaben und sonstigen Bedingungen sind, unter Angabe der bisherigen Tätigkeit, bis spätestens 20. Februar dieses Jahres an den Unterzeichneten einzureichen.

Mühlhausen i. E., den 31. Januar 1913.

Der Bürgermeister.
J. W. A. Wolff, Beigeordneter.

Die echten Breußen schlagen die Hände über dem Kopf zusammen: Ein Bürgermeister wird im „Vorwärts“ gesucht!

Petroleum-Monopol. Nachdem in der vorigen Woche eine Vertretung der amerikanischen Außenminister die Mitglieder des Reichstags über die amerikanischen Produktions- und Verkaufsmöglichkeiten unterrichtet hat, war es am Donnerstag die „Dea“ (Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft), die durch ihren Direktor ihre Auffassung über das Petroleum-Monopol den Mitgliedern des Reichstags vorzutragen ließ.

Die „Dea“ ist die Gesellschaft, die in Oesterreich an der Petroleumproduktion beteiligt ist, die mit der deutsch-amerikanischen im Vorjahre einen Vorkaufvertrag für zehn Jahre abgeschlossen hat, und mit der durch die Reichsregierung ebenfalls Verhandlungen wegen Beteiligung an dem Monopol gepflogen wurden.

Der Vertreter der „Dea“ führte ungefähr folgendes aus: Die Versorgungsfrage ist eigentlich eine Preisfrage. Denn das steht fest, daß der nötige Bedarf an Leuchtöl für Deutschland irgend woher zu haben sei; es frage sich nur, zu welchen Preisen. Mit einer Liebesproduktion an Leuchtöl sei in der Zukunft nicht zu rechnen, weil der Bedarf und damit auch die Preise für Treib- und Heizöl ungeheuer steigen, sobald das Rohöl in immer höheren Grade zu Schwere- und Leichtölen bearbeitet werden wird. Die Reichsregierung beurteile die „Versorgungsmöglichkeit“ der europäischen Petroleumländer viel zu günstig. Oesterreichs Produktion komme für Deutschland nicht mit 50 000 oder 75 000 Tonnen, sondern mit 5000 Tonnen in Betracht. Rußland müsse gerade für Deutschland als Petroleumquelle in der Zukunft immer weniger in Betracht kommen, weil dort das Petroleum die fehlende Kohle ersetzen müsse und der Inlandsbedarf auch an Leuchtöl wesentlich gestiegen sei. Rumänien könne bei steigender Produktion wohl 150 000 bis 200 000 Tonnen auf den deutschen Markt liefern, aber nicht nur zu erhöhten Preisen. Ausgeschlossen sei, daß die amerikanischen Außenminister die 400 000 Tonnen Leuchtöl zu annehmbaren Preisen liefern können. So groß sei das Erdölbedürfnis dort nicht. Der von der Regierung angenommene Preis von 85 Mk. pro Tonne frei Hamburg wird für jetzt kaum ausreichen, für die Zukunft sicher nicht. Die Unkosten, besonders vom Kraft zum Laden des Destillations seien zu gering beachtet. Es erscheine ausgeschlossen, daß das Monopol billiger als der amerikanische Markt bleiben könne.

Vom allen Staaten Mitteleuropas habe Deutschland heute die billigsten Petroleumpreise. Die amerikanischen Außenminister hätten, wie er erfahren, nur auf zwei Jahre mit festen Preisen abgeschlossen und hätten ausdrücklich betont, daß sie ihre Preise des Leuchtöls nur auf Grund des Rohölpreises stellen könnten. Der Zeitpunkt zur Einführung des Monopols sei außerordentlich ungünstig gewählt mit Rücksicht besonders auf den ungeheuer steigenden Bedarf an Treib- und Heizölen. Die Welt-Ringbildung in Petroleum erfordere durch die Errichtung eines deutschen Monopols zweifellos einen besonderen Anreiz.

Nach dem Vortrag wurden von Reichstagsmitgliedern eine Anzahl von Fragen gestellt. Aus den Antworten ergab sich, daß die Standard-Oil-Compagny sehr wahrscheinlich keine Aktien der „Dea“ oder ihrer Tochtergesellschaften besitzt und daß die „Dea“ überall entweder die Mehrheit der Aktien oder die Mehrheit der Stimmen hat. Der Vertreter der „Dea“ führt noch an, daß die Petroleumpreise sehr wahrscheinlich im Vorjahre von der Standard-Oil-Compagny deshalb nicht erhöht wurden, weil das Reichsmonopol in Sicht war.

Ausland.

Schweiz.
Gegen Frauenrecht. Im Kanton Genf besitzen die Frauen das aktive und passive Wahlrecht für das Gewerbegericht und nun haben sich Hinterwäldler gefunden, die es ihnen wieder entreifen möchten. Dagegen hat nun eine gut besuchte Protestversammlung von Frauenstimmwählerinnen Stellung genommen.

men, indem sie beschloß, sich mit allen Mitteln der Verhinderung des Generalgerichtsgesetzes zu widersetzen. Der geplante reaktionäre Streich dürfte bereitet werden.

Ungarn.
Ministerpräsident Lufacs als Panamist. Am 17. Februar soll die Ehrenhaftigkeit des Ministerpräsidenten, dessen Reformvorlage den ungeheuren Sturm entfesselt hat, vor Gericht nachgeprüft werden. Leider hat Herr Lufacs den Urheber der gegen ihn in der Presse erhobenen Beschuldigungen nicht vor den in Pressesachen zuständige Schwurgericht gebracht, sondern gewartet, bis eine Rede ihm Gelegenheit gab, seinen Ankläger, Deß, vor das Beamtengericht zu stellen. Auch dort will Deß den Beweismittel vorbringen. Er teilt der Presse folgende Behauptungen mit, für die er Zeugnis benannt: 1. Lufacs habe 1910 der ungarischen Krone das Saljamonopol gegen Zahlung von 3 Millionen Kronen an die Staatskasse verlängert. Die Bank habe dann diese Summe auf Weisung des damaligen Finanzministers Lufacs an die Bankasse der Nationalen Arbeitspartei abgeführt. — 2. In einer Prozeßsache habe Lufacs der Bank 1910 einen Vergleich angeboten, wonach sie 1,8 Millionen Kronen Schadenersatz aus der Staatskasse erhalten, während sie die Hälfte an die Regierungspartei zu zahlen habe, was auch geschah sei. — 3. Ein anderer Vertrag mit der Bank, dessen Erneuerung der Landesgewerbetar nicht empfohlen habe, sei trotzdem von Lufacs gegen Zahlung von 150 000 Kronen an seine Partei erneuert worden. — 4. Auf Anweisung des Ministerpräsidenten seien Staatsgelder für Wahlzwecke an die Übergänge (Landräte) abgeben worden. — 5. Lufacs habe den Direktor der Parteiförderungs-Gesellschaft aufgefordert, die Zeitungspublikation einzustellen, da es im Interesse der Regierung liege, daß gewisse Zeitungen nicht befördert, sondern in die Donau geworfen würden. Als der Direktor sich weigerte, habe Lufacs ihn durch den Minister Krivosly bedrohen lassen, außerdem eine Konkurrenzgesellschaft mit einem sehr günstigen Vertrage ins Leben gerufen. — 6. Lufacs habe zwei Geschäftsleute, auf denen er Häuser stehen hatte, für 100 Gulden vom Fiskus gekauft, dann mit den Häusern für 102 267 Kronen an den Fiskus zurückverkauft. Das eine Haus, das für 90 000 Kr. verkauft worden sei, sei seit Jahren unbewohnt und teilweise eingestürzt gewesen. — 7. Lufacs habe die von ihm betriebene Direktorstelle bei der Massenlotterie-Gesellschaft noch lange, als er schon Ministerpräsident war, beibehalten. Erst als im Abgeordnetenhause eine Interpellation deswegen drohte, habe er sie abgegeben.

Das ist eine hübsche Portion Inhabung, die selbst für ungarische Verhältnisse über das übliche Maß weit hinausgeht. Es wird sich zeigen, ob das Gericht den Nachweis beweisen kann, den Deß die Direktoren der Bank und eine Menge anderer, teils hohe hochgestellte Beamten und Politiker als Zeugen benannt hat, ungescheut auf sich laden wird. Auch ist beachtenswert, daß das Gericht die Postverwaltung zur Vorlegung der in Frage kommenden Selbstverwehungsprotokolle antworte. — Daß man in Regierungskreisen kein laudables Gewissen hat, zeigt ein anderer Fall. Ein Journalist Arabi hatte ebenfalls gegen Lufacs die schwersten Vorwürfe erhoben. Lufacs weigerte sich, gegen ihn zu sagen, weil A. bereits in der Irrenanstalt gewesen habe. Im Januar leitete A. noch Streikzettel, um dort weiteres Material über die Lufacsche Korruption zu sammeln. Er wurde dort aber verhaftet wegen — „Spionage“ (der Patriotismus ist doch so allem gut) und vom Gericht, obwohl er sich als ungarischer Journalist auswies und Wirren aufbringen konnte, nur unter der Bedingung, daß er mit dem nächsten Zuge abreise, aus der Haft entlassen.

England.
Ein Sozialist im Ministerium. Der frühere Sekretär der Faber-Gesellschaft, Audiger, Verfasser geschätzter Schriften über den Sozialismus, der schon Gouverneur von Jamaica gewesen ist, ist zum hiesigen Sekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei ernannt worden. Ob das bedeuten soll, daß es nunmehr mit dem jüngst wieder von Lloyd George angeführten Forderung für Bodenreform ernst werden soll? Jedenfalls ist es höchste Zeit, daß Herr v. Döllinger unsere Hesperien gegen England auslöschen läßt, ehe die Gesellschaft völlig zerstört ist.

Der Pfeffer als politisches Kampfmittel. Die Suffragetten, über deren Nothilfe in der letzten Zeit genug berichtet worden ist, haben wieder einen neuen Streich ausgeführt, der diesmal seine komische Seite hat. Dieser Tage erhielt jedes Mitglied des englischen Kabinetts bei seiner Anwesenheit im Unterhaus einen unfrankierten Brief, den auch jeder in Erwartung einer Uebersetzung mit zwei Pence Strafpfennig einsteckte. Eine Uebersetzung war es freilich, aber gerade keine angenehme. Im inneren Umschlag fanden die Minister ein Papier, auf dessen einer Seite: „Votes for Women!“ und auf der anderen Seite: „Sie sind ein Verräter!“ stand. Aber nicht nur dieses

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant. Von E. Dewitt.

(Fortsetzung.)

In den Tagen ihrer zarten Jugend, wie während der Schulzeit, hatten die Mädchen allerdings viel und gern getanzt, wobei die Straße ihr Ballsaal und der Feierkasten ihre Wallmusik gewesen war. Nun aber hatten sie ihre Füsse schon lange nicht mehr geübt und sie wagten es nicht mehr, sich einfach um die Taille zu fassen und lustig ohne Rücksicht auf Takt und Schritt herumzuhüpfen, wie sie es einst als Kinder getan hatten. Und doch — wie lockten diese verführerischen Wesen! Es zuckte ihnen in den Füssen, aber sie schämten sich ihrer Unkenntnis des Tanzes einzugehen. Angela blickte sich um und sah die Mädchen in einer Ecke beieinander stehen.

Rebecka allein sah am Tisch und blätterte in einer Zeitschrift. Der wechselnde Ausdruck ihres Gesichts bewies, daß sie die Unterhaltung nicht billigte, aber doch mit Spannung der weiteren Entwicklung entgegen sah, denn sie hatte nie zuvor in ihrem Leben einen Tanz gesehen und auch nie zuvor, außer von Veierkästen, Tanzmusik gehört. Nelly wand am Klavier neben Angela und schaute ihr bewundernd zu — für sie war alles, was Fräulein Kennedy tat, gut, schön und vollendet.

„Rebecka, Nelly“, rief Angela, „könnt ihr mir nicht helfen?“

Welche schüttelten den Kopf.

„Ich kann nicht tanzen“, entgegnete Rebecka, nicht ohne einen Anflug von Tadel und Mißbilligung in ihre Worte zu legen. „Bei uns wird nie getanzt.“

„Sie tanzen nicht?“ entfuhr es Angela unwillkürlich, die einen Augenblick vergaß, daß sie sich in Stepney und unter Mädchen befand, die nichts vom Tanzen wußten. „Aber Sie singen doch?“

„Wen es zu singen gelüftet“, entgegnete Rebecka, „der möge Kirchenlieder singen.“

Wiederum schüttelte sie den Kopf, sagte dann aber, daß ihr Vater die Geige spielen könnte und erbot sich, ihn zu holen, wenn es Fräulein Kennedy recht sei.

Natürlich war es Fräulein Kennedy recht, und sie bat Nelly, nicht nur sofort ihren Vater zu holen, sondern auf dem Wege zu ihm auch im Hause der Frau Vornalad vorzupreden und Herrn Goslett einzuladen, sich gleichfalls mit seiner Geige einzustellen, um dann mit vereinten Kräften den Mädchen das Tanzen beizubringen.

Dann griff Angela wieder in die Taschen und lang einige schlichte Volkslieder, bis sich Kapitän Sorensen mit seiner Geige einfindet und zum Tanze aufspielte. Nun stellte Angela die Mädchen in eine Reihe und begann sie die ersten Anfangsgründe in der Tanzkunst zu lehren.

Dann kam auch Harry Goslett und sein männliches, schönes Gesicht, sein lebenswürdiges Wesen, die Art und Weise, wie er sich vor Fräulein Kennedy vorbeugte, seinen Arm um ihre Taille legte und sie im Galopp herumdrehte, machte einen solchen Eindruck auf die Herzen der jungen Mädchen, daß sie sich von Stunde an mit der neuartigen Abendunterhaltung beschäftigten und nach den Freunden der Straße keinerlei Sehnsucht mehr fühlten. Dann trat Nelly an die Stelle von Fräulein Kennedy, und wenn sie sich anfänglich auch ein wenig linksich anstellte, so wußte sie doch bald Schritt zu halten. Gleichzeitig tanzte Fräulein Kennedy mit einer anderen, worauf Harry es mit einer neuen Partnerin versuchte, bis alle an die Reihe gekommen waren und ihre erste praktische Aktion gehabt hatten. In einer halben Stunde hatten ihre Füsse es gelernt, sich dem Rhythmus der Musik anzupassen — und sie konnten tanzen.

Und nun ging es leicht. Sie übten noch eine Quadrille und versuchten es dann nochmals mit einem Galopp. Harry tat seine Pflicht gegen alle, aber die Augen der Eifersucht sind scharf, und einigen Mädchen entging es nicht, daß er Nelly Sorensen beim zweiten Galopp noch einmal aufforderte. Es war ein Zoll, den er unbewußt ihrer sanften Schönheit darbrachte.

Fast ehe man es sich versah, war der Abend vorüber, und die Mädchen traten geräuschvoll den Gelände an. Als

Angela in das gemeinsame Wohnzimmer der Pension Barnolad eintrat, fand sie die übliche trostlose Abendunterhaltung in vollem Gange, und unwillkürlich fühlte sie sich an jene bekannte Gemälde erinnert, das „Eine glückliche Familie“ heißt und eine Anzahl verhandlungsloser, wilder Bierhändler in einen Käfig darstellt.

9. Kapitel.

Eine glänzendes Angebot.

Benige Tage später erhielt Harry sein erstes Stellenangebot. Es kam von der Brauerei und entpuppte zunächst weiter nichts als die Aufforderung, am nächsten Vormittag um 10 Uhr in der Buchhalterei vorzusprechen.

„Was um des Himmels willen können sie nur von mir wollen?“ fragte sich Harry, der in jenem Augenblick gar nicht daran dachte, daß er sich dem Tischlerberuf gewidmet hatte und Beschäftigung suchte.

Zur angelegentlichen Stunde fand er sich in der Brauerei ein, wo vor ihm bereits sein Onkel Bunker eingetroffen war, dessen Gesicht sich bei seinem Erscheinen vor Karger färbte.

„Was willst du hier?“ fuhr er ihn unwillig an. „Kannst du dir nicht einen anderen Platz aussuchen, um deine Zeit zu verbrödeln und das Ansehen deines hart arbeitenden Onkels zu schädigen, als gerade die Brauerei, wo man ihn schätzt und achtet?“

Harry senfte. „Wenige Neffen schützen ihre Onkel. Und wenn sie gar einen Bunker zum Onkel haben — na!“

Zum Glück für die Erhaltung des Friedens erschien in diesem Augenblicke ein Kontorist mit der Meldung, daß sie zum Hauptbuchhalter kommen möchten. Dieser kannte Herrn Bunker und bot ihm die Hand.

„Ist dies Ihr Neffe, Herr Bunker?“ fragte er und sah dabei den hübschen, jugendlichen und mit sorgloser Miene vor ihm stehenden jungen Mann neugierig an.

„Ja, das ist mein Neffe, wenigstens behauptet er es zu sein“, entgegnete Bunker mürrisch. „Sagen Sie ihm doch, was Sie von ihm wollen, und lassen Sie ihn laufen. Wir könnten dann ungehindert von unseren Geschäften reden.“

(Fortsetzung folgt.)

Schreiben lag darin, sondern auch feingefochener roter Pfeffer war in dem Umschlag enthalten, und die Folge davon war eine wahre Riesenepidemie unter den Staatsmännern, worüber sich die Mitglieder des Unterhauses, die bald die Ursache dieses Niefens erfuhr, königlich amüsierten. Auch mehrere Mitglieder der Arbeiterpartei erhielten dergleichen gepfefferte Zuschriften.

Badische Politik.

Stimmt!

Zu den Auseinandersetzungen über die Anbiederungsversuche des Zentrums wegen eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie bemerkt der „Vorwärts“ sehr zutreffend:

„Wogu diese ganze Polemik? Zweifelst denn irgend ein politisch Urteilsfähiger daran, daß das Zentrum, wenn es ihm sonst vorteilhaft dünkt, ohne das geringste Bedenken mit der Sozialdemokratie ein Wahlgeschäft eingehen würde? Hat sich denn beim Zentrum irgend etwas geändert, seitdem im Dom von Speyer Vollmar und Ehrhardt mit den Zentrumsführern über das Landtagswahlbündnis plauderten oder seit Herr Müller-Judva mit Paul Singer über die Stichwahltaktik korrespondierte? Das Zentrum spricht jetzt ebensowenig wie jemals früher davor zurück, bei Stichwahlen mit Sozialdemokraten zusammenzugehen.“

Davon sind auch wir überzeugt. Auch in Baden würde das Zentrum sich keinen Augenblick befinden, zu seiner früheren Taktik zurückzuführen, wenn es ihm zweckmäßig sähe. Das Zentrum hat weder in den Fragen der Taktik noch in denen der Politik Prinzipien.

Einigen fastigen Krüffel

erteilt die badische Regierung den preußischen Scharfmachern in der „Südd. Reichskorrespondenz“, nachdem der einigen Ragen die „Karlsruher Zeitung“ in einer halbamtlichen Zuschrift die Angriffe des preußischen Landtagsabgeordneten v. Kardorff gegen die badische Regierung scharf zurückgewiesen hat. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir Herrn v. Kardorff als den Verfasser der nachfolgenden Zeilen in der „Südd. Reichskorr.“ halten:

„Die halbamtliche Auslassung der „Karlsruher Zeitung“ wird erst dann richtig bewertet werden können, wenn man die Vorgeschichte hinreichend berücksichtigt. Es hat in Baden das lebhafteste Bestreben, daß ein Teil der konservativen bzw. freikonserватiven Presse Kreuzen, und zwar die „Kreuzzeitung“, die badische Regierung schtematisch schon seit Jahren in einer Weise angegriffen, die nicht anders als tendenziös und überheblich bezeichnet werden muß. Seine Artikel erschienen dann sowohl in den badischen Zeitungsblättern, die unter dem Einfluß des Geistl. Rats Theodor Wader stehen, wie in dem konservativen Organ Süddeutschlands, der Stuttgarter „Deutschen Reichspost“, und trugen so nicht wenig zur Verwirrung, ja Verunglimpfung des politischen Lebens bei. Das aller schlimmste an diesen Artikeln war der Umstand, daß sie ohne Rücksicht auf die Grundzüge der konservativen Partei die Staatsautorität im leidenschaftlichsten Tone herabzusetzen suchten. Nichtstellungen und Zurückweisungen, wie sie oft genug in dem badischen Regierungsdienst und auch in der letzten Landtagssession durch den betreffenden Minister selbst erfolgten, wurden von der „Kreuzzeitung“ und ihrer Geselofschaft entweder mit Spott und Spott überhöhet oder ignoriert. Gelegentlich wurde auch einmal eine Auslassung der „Karlsruher Zeitung“ in ihr Gegenstück verdrängt und dann auf Grund dieser objektiven Fälschung der Versuch gemacht, der badischen Regierung von neuem einen Strich zu drehen.“

Das sind scharfe Töne, wie man sie seit langem in den regierungsfeindlichen Rundgebungen nicht mehr gelesen hat. Die Hege der Reaktion gegen den „Großblöckminister“ war aber auch gar zu toll.

Die Hengeli des Zentrums

kann nicht treffender charakterisiert werden, als durch die Entrüstung der Zentrumspresse darüber, daß die Sozialdemokratie sich bereit erklärt hat, einer allgemeinen Besitzsteuer zuzustimmen. Sehr zutreffend bemerkt das „Seibdelberger Tagblatt“ dazu:

„Das Zentrum will die Sozialdemokratie unter allen Umständen in ihrer absehbaren Stellung zum Gegenwärtigen erhalten, weil es nur daraus Gewinn für seine Partei-zwecke ziehen kann. Eine Sozialdemokratie, die sogar Steuern bewilligt, ist kein geeigneter Spielball für die Zentrums-politik. Deshalb auch der leidenschaftliche Haß gegen den badischen Großblöck, der so „säubere“ zeitigt. Und daselbe Zentrum hat den Mut, sich eine „nationale“ Partei zu nennen und sich als festes Bollwerk gegen die Sozialdemokratie anzupreisen!“

Dem Zentrum wäre allerdings nichts lieber, als wenn die Sozialdemokratie sich auf die Politik der absoluten Intransigenz festlegen würde. Die grenzenlose Wut gegen den Großblöck kommt nicht von ungefähr. Daher auch die

feberhaften Anstrengungen, ihn auseinanderzusprennen, denn dieses Gift greift immer weiter um sich.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Februar.

Präsident Dr. Kömpf eröffnet die Sitzung um 11,23 Uhr. Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Lisca. Die Beratung des Etats wird beim

Justiz-Etat

fortgesetzt. Hierzu verlangt das Zentrum in einer Resolution die Vorlegung des Gesetzentwurfs über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses und die nationalliberale Partei Vorlegung eines solchen, durch den der Gemeinde, anderweitigen Kommunalverbänden, dem Reich und dem Staat bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein kurzfristiges Vorkaufrecht eingeräumt wird.

Vor Beginn der Debatte gibt der Abg. Dr. Dertel (kons.) die Erklärung ab, daß, wenn seine Ausführungen in der Sitzung vom 16. Januar dahin ausgelegt worden seien, als ob er dem Reichstagsrat und dem Staatssekretär des Innern Mangel an persönlichen Mut vorgeworfen hätte, dies nicht in seiner Absicht gelegen habe. Er habe unter dem Ausdruck seines Bedauerns über das entstandene Mißverständnis dem Reichstagsrat und dem Staatssekretär entsprechende Erklärungen abgegeben und stelle dies auch gegenüber der Öffentlichkeit fest.

Die Debatte beginnt bei Titel Gehalt des Staatssekretärs.

Abg. Cohn (Soz.):

Der Justizetat gibt uns Anlaß, eine große Anzahl Forderungen hier zu betonen, die wir seit langer Zeit erheben. Das Gemeindefiskalverfahren sollte neu geregelt werden. Ein Versuch mit dem Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses sollte gemacht werden. Graf Westarp hat vor einigen Tagen hier den erhöhten Schutz der Arbeitswilligen verlangt. Um was für Elemente handelt es sich bei dieser behördlich geschützten Arbeitern? Zum Teil um sehr schlechte. Wir sind gegen jedes Ausnahmegericht. Das Strafmaß feudalen Herren und Arbeitern gegenüber ist heute schon sehr verächtlich. Redner sucht das durch Einzelbeispiele aus der Gerichtspraxis der letzten Jahre zu belegen und bespricht eine ganze Reihe von Urteilen. Ein Beispiel der Anwendung der Klassenjustiz liegt in der Anwendung des Exzessparagrafen an Arbeiter, in der Anwendung für Organisierte und Nichtorganisierte. Die Klassenjustiz zeigt sich dadurch auch beim Strafvollzug, und es gibt Beispiele, die uns die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Die Rechtspflege wird zu einem Institut der heutigen Staatsraison gemacht, und daraus erklärt sich das Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie. Die Verwaltungsorgane üben ihren Einfluß aus, man braucht nur an die Vorgänge in Ruhrgebiet und in Moabit zu erinnern. Der Redner erörterte sodann sehr eingehend noch einmal die Vorgänge bei den Moabiter Kriminalprozessen, namentlich erhebt er Protest gegen die Art der Untersuchungshaft. Eine Frau ist lange in Untersuchungshaft gesetzt worden, obwohl sie schwer hysterisch war und man später die ganze Sache abtrennen mußte. (Vizepräsident Paasche bittet den Redner, nicht diese Spezialfälle vorzubringen, bei denen das Verfahren nicht idemee.) Die Vorgänge in Moabit haben ihr Gegenstück im Falle Eulenbura, wo man das Verfahren aussetzt, weil man dem Angeklagten keine Ungelegenheit bereiten will. Anaben hat man in Untersuchungshaft gesetzt und bringt die Augenlider dadurch in Verdrückung mit höchst bedenklichen Elementen. Ich habe dann den Fall Hermann zur Sprache gebracht und habe gefragt, warum denn der Mörder des Herrmann immer noch nicht gefunden sei. Deshalb bin ich demals scharf zurückgewiesen worden von Herrn v. Dallwig, aber die Tatsache bleibt darum doch bestehen. Im Ruhrgebiet hat ein Polizeiaufseher eine Liste des Steigerverbandes den Jochenbüchern ausgeliefert und trotzdem ist der Mann im Amt geblieben. Das ist doch ein physisch widriges Verhalten. Durch die fortwährende Praxis der Organe der Staatsanwaltschaft wird nachgehoben, wie das Losspittel u bei uns grassiert, und unter diesen Umständen können Sie wohl verstehen, daß immer weitere Kreise das Vertrauen zur Rechtsprechung verlieren. Es wird länger und schwerer Arbeit bedürfen, um das Vertrauen wieder herzustellen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Welsch (Zentr.): Die übertriebenen Angriffe des Vorredners auf den Richterstand weise ich entschieden zurück. (Bravol) Die Frage der geisteskranken Verbrecher, die geradezu eine Gefahr für die Gesellschaft und für die öffentliche Sicherheit geworden sind, muß noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs geregelt werden. Die Ankündigung eines Gesetzes gegen den Schmutz in der Literatur und gegen die Auswüchse der Kinetographen begrüßen wir. Eine Gebührengordnung der Rechtsanwölte wie auch ein Revision der Gebühren für Zeugen und Sachverständige muß schleunigst durchgeführt werden. Auch jetzt muß ich wieder fragen: Wann bekommen wir endlich ein Spionagegesetz? Ob wir der Resolution der Nationalliberalen zustimmen werden, kann ich nicht sagen. Dagegen verlangen wir ein Gesetz über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses, um dem recht bedrängten Mittelstand zu Hilfe zu kommen. Ich bitte nochmals um Auskunft über den Stand des Prozesses Eulenburg.

Staatssekretär Lisca: Eulenburg ist zuletzt im Dezember vorigen Jahres auf seinen Gesundheitszustand untersucht worden. Diese Untersuchung hat ergeben, daß der Fürst bis jetzt

nicht verhandlungsfähig ist. Sein Zustand wird dauernd kontrolliert und wenn eine Besserung seines Zustandes eintritt, wird die Verhandlung stattfinden. Seitens des Justizministeriums und der Staatsanwaltschaft wird auch weiterhin alles geschehen, was notwendig ist, um die Angelegenheit weiter zu bringen. Die Behauptung des Abg. Cohn, daß bei uns eine Klassenjustiz herrsche und daß die Richter nur die ausführenden Organe der Verwaltungsbehörden seien, muß ich mit Entrüstung zurückweisen. Daß der Abg. Cohn die Gelegenheit benützt hat, über einen Träger der preußischen Krone — Friedrich Wilhelm IV. — Ausdrücke zu gebrauchen, wie wir sie hier haben mit anhören müssen, kann ich nur tief bedauern. (Bravol) Ueber die Einführung eines Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses hat mein Amtsvorgänger bereits eine Denkschrift vorgelegt, die zur Ablehnung des Antrags führte. Gleichwohl bin ich zu erneuter Prüfung bereit. Verhandlungen über ein Welt-Wechselrecht sind im Gang; 20 Staaten haben die Konvention bereits unterzeichnet. Eine Revision der Gebührenordnung für Rechtsanwälte steht bevor. Noch in dieser Session wird Ihnen eine Revision der Sachverständigen- und Zeugen- gebührengordnung zugehen. Ein erheblich verhängtes Spionagegesetz ist in Ausarbeitung.

Abg. Schiffer (natl.): Die Klagen über eine Klassenjustiz hören sich von seiten der Sozialdemokratie schon ganz anders an wie früher. Sie befreit heute nicht mehr, daß die Richter strenges Pflichtbewusstsein haben und darnach streben, unparteiisch zu urteilen. Daß unsere Justiz Mängel hat, ist nicht zu bestritten. Volk und Recht müssen einander wieder näher gebracht werden. Eine Verschärfung des Rechts hinsichtlich des Verbois des Streifenpostens wäre unmöglich und schließlich auch ohne Ergebnis.

Abg. Dörschke (kons.): Auch ich muß namens meiner Freunde Protest einlegen gegen die Ausführungen des Abg. Cohn, soweit er das Andenken eines preußischen Königs heranzuziehen sucht. Für die nationalliberale Resolution vermögen wir uns nicht zu entscheiden. Die Vorwürfe des Abg. Cohn gegen die Richter, daß sie Klassenjustiz üben, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir müssen nach wie vor daran festhalten, daß für gewisse Verbrechen die Krigelstrafe eingeführt werde, insbesondere für die Zuhälter. Hier solle man den Beispiel Englands folgen. Den Vorwurf, daß die Richter Klassenjustiz üben, weise ich zurück. Die Presse sollte sich hüten, durch ausführliche Schilderung von Kapitalverbrechen den Verbrechern einen gewissen Glorienschein zu geben.

Abg. Wiethe (Wirtsch. Vg.): Es muß zugegeben werden, daß unter den Millionen von Urteilen auch solche vorkommen, die dem Rechtsbewußtsein widersprechen; daraus darf man aber nicht den Schluß ziehen, daß das ungerichtet sei.

Abg. Saegy (Eli. Zentr.): Wohl nirgends stehen sich die verschiedensten Bevölkerungsschichten so schroff gegenüber wie in Elsaß-Lothringen. Das übt seinen Einfluß auch auf die Justiz aus. Die nationalen Gegensätze werden bei uns noch verschärft durch die konfessionellen Gegensätze. Das zeigt sich auch in der Zurücksetzung der Elsaßler und der Katholiken bei der Besetzung der Richterstellen in Colmar. Mit der Zeit hat sich in manchen gebessert. Mandes Urteil macht es allerdings begrifflich, daß man im Volk von einer Klassenjustiz spricht. Gewiß ist die Aufgabe der Justiz bei uns angefaßt der vielen Gegensätze eine schwierige. Die deutsche Justiz hat es um so schwieriger, als sie die Erbschaft der in hohem Ansehen stehenden französischen Justiz angetreten hat. Wir haben hier vor einigen Wochen den Fall Wetterle behandelt. Ich möchte darauf hinweisen, daß Wetterle seinerzeit wegen Freibergebens zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Das war ein sehr hartes Urteil, das auch ziemlich allgemein als politischer Mangel entstrungen bezeichnet worden ist. Die betreffenden Karikaturen, wegen deren er verurteilt wurde, halten den Vergleich nicht aus mit den Karikaturen gewisser Blätter in Berlin gegen sehr hohe Standespersonen. Wegen Verleumdung des Statthalters erhielt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ seinerzeit nur 200 Mark Geldstrafe; wegen Verleumdung eines Gymnasialprofessors erhielt Herr Wetterle zwei Monate Gefängnis! Warum wurde nicht tauch ihm die Wohlthat des § 193 zugewilligt, wie der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“? Elsaß-Lothringen schneiden in bezug auf die Kriminalpolitik gegenüber andern Landesteilen sehr günstig ab; gerade die schweren Verbrechen sind verhältnismäßig geringer, als in Baden. Die Presse sollte auch bei uns die Justiz mehr unterstützen.

Darauf verträgt sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Weiterberatung; vorher Wahlprüfung und Rechnungssachen. — Schluß 5 Uhr.

Kommunalpolitik.

Die Bautätigkeit in Freiburg war im verfloffenen Jahre ebenso reger wie im Vorjahr. Es entstanden durch Neu- und Umbauten insgesamt 293 1911: 312) neue Wohngebäude mit 1313 (1287) Wohnungen und 942 Manjarden. Wohngebäude wurden im ganzen 106 hergestellt. Gegenüber den Jahren 1910, 1909 und 1908 hat sich die Bautätigkeit etwas lebhafter gestaltet, während sie gegenüber 1907 mit 600 Wohnungen bedeutend zurückblieb. Von der Stadt wurden für die minderbemittelte Bevölkerung 4 Häuser mit 32 Dreizimmerwohnungen erbaud. Der reine Zuwachs an neugeschaffenen Wohnungen beträgt 280, so daß sich für Ende 1912 ein Gesamtwohnungsbestand von 18 069 ergibt. Die Zahl der im vergangnen Jahre neu hergestellten Wohnungen bleibt aber auch diesmal hinter der Geschleifungsziffer (602) sehr erheblich zurück, nämlich um 309 (im Vorjahr 284). Leerstehende Wohnungen hat es bei der Erhebung im Dezember nur 106 gegeben gegen 160 im Vorjahr. Der Wohnungsmangel und die verminderte Bautätigkeit hat also auch im Jahre 1912 unverändert angehalten, und es dürfte auch in diesem Jahre kaum eine Besserung auf diesem Gebiete eintreten.

Zur Gründung eines Zweckverbandes Groß-Dresden sind in Dresden die Vorarbeiten eingeleitet. Es soll sich dabei, wie die „Dresdener Nachrichten“ mitteilen, um die Zusammenfassung von 44 Gemeinden handeln, für die namentlich ein einheitlicher Bauungsplan zu schaffen wäre. Die Stadt Dresden hat das Bestreben, sich durch den Zweckverband Neuland für ihre künftige Entwicklung zu sichern. Auch den Vorortgemeinden bietet natürlich ein derartiger Verband nicht geringe Vorteile.

Gründung einer Hypothekenbank. In Wiesbaden wird demnächst eine händische Hypothekenbank ins Leben gerufen werden, die Hypotheken zur 1. und 2. Stelle beleihen soll. Für erste Hypotheken ist ein Zinsfuß von 4 1/2 Prozent und 3/4 bis 1/2 Prozent Abschlußprovision, für 2. Hypotheken ein solches von 5 Prozent in Aussicht genommen. Die Beleihungsgrenze ersterer Hypotheken beträgt 60 Prozent der gerichtlichen Taxe, der Abschließungsatz für 2. Hypotheken 30. bis 35 000 Mk. und 1 Prozent Tilgung. Mit die 1. Hypothek eine Amortisationshypothek, dann fällt die Abtragungspflicht für die zweite fort. Die Hypotheken sollen durch die Stadt nicht gekündigt werden. Aus Tilgungen und Abschlußprovisionen wird ein Garantiefonds gebildet. Bestehen werden in der Regel Wohnhäuser und nur ausnahmsweise Häuser mit gewerblichem Charakter. Von dem Zinserrtragnis der zweiten Hypotheken werden 3/4 Prozent mit den bei den ersten Hypotheken erzielten Reingewinn zu einem Reservefonds zurückgelegt, der zur Deckung etwaiger Verluste verbandt wird. Soweit die 1/2 Prozent der zweiten Hypotheken zur Deckung von Verlusten nicht reichen, werden die sämtlichen Darstheifer herangezogen, soweit sie von der Einrichtung Gebrauch machen. Die Darstung ist solidarisch, aber nicht unbegrenzt, denn sie erstreckt sich für jeden Schuldner bis auf ein Zehntel seiner Hypothek.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Sebastianstatue von dem berühmten Würzburger Meister Tillmann Niemensmeider ist nach den „Leipz. Neuesten Nachrichten“ in dem Dorfe Wühlendorf bei Bamberg entdeckt und vom Bayerischen Nationalmuseum als echt anerkannt worden. Der Altersfundus ist vom Bayerischen Landesmuseum in München für 12 000 Mk. angekauft worden.

Neue Werke von Maxim Gorki. Ende des Jahres erscheint in deutscher Sprache im Verlag von Lachsmittow ein Roman Gorkis, der den Titel führt: „Der Sohn der Kanne“. Ferner hat der Dichter einen Roman vollendet: „Der Wirt“.

Der Nachlaß August Strindbergs beläuft sich laut Nachlaßverzeichnis auf 109 745 Kronen, von denen 96 500 aus dem Kontakt mit dem Verleger Albert Bonnier stammen.

Konkurs des Grazer Stadttheaters. Der Grazer Gemeinderat beschloß einstimmig, den Vertrag mit Direktor Greenberg zu lösen und dem Direktor einwillig als artistischen Leiter mit einem Tageshonorar von 33 Kronen ohne Kündigungsfreist zu stellen. Dem Konkursmassenverwalter wurde ein Betriebsvorschuß von über 18 000 Kronen der Gemeinde übergeben zur Begleichung von Gegenständen und zum Abschluß neuer Engagements.

Zum 100. Geburtstag Otto Ludwigs, am 12. Februar, wird mittags 12 Uhr auf dem Dresdener Trinitatisfriedhof ein würdiges Grabdenkmal des Dichters enthüllt werden. Die Kosten wurden aus Mitteln einer Sammlung bestritten.

Die Verhandlungen über das Reichstheatergesetz werden am 21. und 22. Februar im Reichsamt des Innern fortgesetzt. Nachdem im Dezember die Wünsche der Bühnensmitglieder und Direktoren eingehend erörtert worden sind, wird die Behörde an den genannten Tagen mit den Vertretern der Artisten und der Musiker verhandeln. Deren Wünsche beziehen sich in der Haupt-

sache auf andere Bestimmungen in der Frage der Konfessions-erteilung und auf die gelesch verlangte Entlassung eines bereits anderweit engagierten Mitgliedes.

Theater und Musik.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Montag, 10. Februar. C. 37. „Im weißen Rößel“, Lustspiel in 3 Akten von Mumenthal und Kadelburg. Anfang 1/8 Uhr, Ende nach 1/10 Uhr. (4 M.)

Dienstag, 11. Februar. B. 37. „Die Fledermaus“. Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Anfang 1/8 Uhr, Ende 1/11 Uhr. (4,50 M.)

Donnerstag, 13. Februar. A. Vors. auß. Bonn. Zu Richard Wagners Todesstag: „Götterdämmerung“ in einem Vorspiel und 3 Akten von R. Wagner. Bühnhilide: Cäcilie Nütche-Endorf als Gast. Anfang 1 Uhr, Ende 11 Uhr. (6 M.)

Freitag, 14. Februar. C. 38. „Oberst Cabert“, Lustspiel in 3 Akten von Waltershausen. Anfang 1/8 Uhr, Ende 1/10 Uhr. (4,50 M.)

Samstag, 15. Februar. B. 38. Zu Otto Ludwigs 100. Geburts- tag: Neuestudiert: „Der Erbfürst“, Trauerspiel in fünf Akten von Otto Ludwig. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr. (4 M.)

Sonntag, 16. Februar. B. 39. „Der Rosenkavalier“, Komödie für Musik in 3 Akten von R. Strauß. Anfang 1/7 Uhr, Ende 1/10 Uhr. (6 M.)

Montag, 17. Febr. A. 39. „Kolberg“, historisches Schauspiel von Seyde. Anfang 7 Uhr, Ende 1/10 Uhr (4 M.)

In Baden-Baden: Mittwoch, 13 Februar. 20. Ab-Vorst. Neuestudiert: „Cicero- Jux will er sich machen“, Posse mit Gesang in 4 Akten von Neffroy. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Aus der Partei.

Rinkenheim, 8. Febr. Den hiesigen sowie auswärtigen Genossen zur Kenntnis, daß der „Kollifreund“ in folgenden Wirtschaften aufliegt: Brauerei Nitz, „Lamm“, „Adler“, „Krone“, „Grüner Baum“ und Restauration zum „Bahnhof“.

Rastatt. Für den 37. Landtagswahlbezirk Rastatt-Stadt wurde Genosse Dionis Meller in Rastatt als Kandidat unserer Partei aufgestellt.

20. Generalversammlung der Zimmerer.

k. Berlin, 7. Februar. 5. Verhandlungstag.

Der 5. Verhandlungstag begann mit der allgemeinen Statutenberatung, die paragraphenweise vorgenommen wurde. Zu dem § 1 über die Bezeichnung der Organisation begründete Remser-Frankfurt a. M. einen Antrag, an Stelle des langatmigen Namens „Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands“ einfach zu sagen „Deutscher Zimmererverband“.

Bei Beratung der Bestimmungen über die Generalversammlung wurden Anträge, die Generalversammlung nur alle drei Jahre stattfinden zu lassen, abgelehnt. Dasselbe Schicksal erlitten Anträge auf Abänderung des Wahlreglements.

Bei Beratung der allgemeinen Anträge ging die Generalversammlung über Anträge, die sich auf Verschmelzung mit anderen Verbänden beziehen, zur Tagesordnung über.

Gerichtszeitung.

-t. Freiburg 7. Febr. Die Spar- und Darlehenskasse R u f t (Amt Ettenheim) wäre am 28. Dezember v. J. beinahe einem Skandalopfer neuester Variation, zum Opfer gefallen. Es erschien bei dem dortigen Richter Baumann der acht Tage zuvor aus dem Gefängnis entlassene 29 Jahre alte Kaufmann Franz Josef Schäfer aus Karlsruhe, stellte sich als Kriminalbeamter und Abgesandter der Staatsanwaltschaft Freiburg vor, der den Auftrag habe, die Kasse und Bücher zu revidieren.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Rom hiesigen Schöffengericht erhielt der Reisende R. G. aus Wien wegen Betrugs 1 Monat Gefängnis. Er legte gegen dieses Erkenntnis Berufung ein, die als unbegründet zurückgewiesen wurde.

In geheimer Sitzung hatte sich die Frau Mannescheffau J. G. Katharina geb. B. aus Grödingen wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Es war nicht der bekannte Tatbestand in diesem Falle, wie er sonst solchen Anlagen zu Grunde liegt.

als die Ehefrau G. ermittelt. Sie war heute der Urkundenfälschung angeklagt. Das gegen sie ausgesprochene Urteil lautete auf 2 Wochen Gefängnis. Ein unverbesserlicher Dieb ist der 26 Jahre alte Bader G. F. aus München.

(Sitzung vom 31. Januar.)

Der wegen Diebstahls mehrfach vorbestrafte Tagelöhner R. J. Sch. aus Karlsruhe erwiderte am 4. Dezember in der Nähe des hiesigen Güterbahnhofs von einem Lastwagen der Firma W. Prommer dahier 33 Kilo Blei und 44 Kilo Kupferblei.

Aus dem Lande.

Unser dieswöchentliches Frauentageabend findet nicht am Mittwoch, sondern Donnerstag abend halb 8 Uhr im „Krocodil“ statt.

- Eine Fraktionsführung der sozialdemokratischen Bürgerausführungsmittel ist auf Dienstag abend halb 8 Uhr nach dem „Krocodil“ einberufen.

- Einen Opernmissatzen beantragt am Sonntag, den 23. Februar, das hiesige Gewerkschaftsamt gemeinsam mit dem Bildungsausschuß.

- Auch die Fuhrunternehmer organisieren sich. Eine hier abgehaltene Versammlung von Fuhrunternehmern beschloß die Gründung einer Vereinigung zum Zwecke der Herbeiführung höherer und gerechterer Fuhrlöhne.

- „Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft für Kleinwohnungsbau“. Auf die heute Montag abend halb 8 Uhr im Rathhaussaal stattfindende öffentliche Versammlung in obiger Sache möchten wir an dieser Stelle wiederholt hinweisen.

Baden-Baden.

- Auskunftsstelle des Gewerkschaftsamt betr. Die nächste Sprechstunde findet morgen Dienstag abend von 7 bis 8 Uhr statt.

* Der Vorschlag für 1913 sieht einen Umlagefuß von 30 Pfennig wie im Vorjahr vor.

* Gottes Segen von oben. Wie eine Korrespondenz berichtet, wird das Jochen von der Herrensverwaltung übernommene Militärflugzeug „Erich J.“ zunächst von Baden-Dos aus eine Anzahl Fahrten nach dem Schießplatz Jagenua unternommen.

Offenburg.

* Nahrungsmitteluntersuchungssituation. Mit Bezug auf die Verordnung über den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen wird vom Ministerium des Innern bekannt gegeben, daß die von der Stadt Offenburg errichtete öffentliche Untersuchungsanstalt zur Vornahme amtlicher Untersuchungen von Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen für den Bereich der Stadt Offenburg errichtet worden ist.

L. Militärflieger. Am Freitag abend um 6 Uhr landete ein Flieger mit einem Besatzmann der Straßburger Flieger-

station (Oberleutnant v. Bequelin) auf dem hiesigen Erzerplatz. Der Apparat scheint defekt gewesen zu sein. Er blieb am Platz bis zum Samstag nachmittag halb 5 Uhr, dann wurde ein Aufstiegsversuch, der anscheinend auch gelang, nach kurzer Zeit mußte aber wieder gelandet werden, da der Flieger noch nicht behoben schien.

L. Bürgerausführung. Am Freitag nachmittag um 4 Uhr wurde die Sitzung durch Herrn Oberbürgermeister Herrmann eröffnet. Der erste von den 10 Tagesordnungsgegenständen betraf den Gütertauschvertrag mit dem Eheleuten Walter, die früher für den Garten beim Haus des Krankenhausescharzes außer des Gütertausches mit der Stadt noch 2467 M. Entschädigung verlangten, jetzt nur noch 2200 M. und freie Benützung eines 200 qm großen Grundstückes, das in die Straße fällt, bis zur Herstellung der letzteren.

Der zweite Punkt betraf die Erweiterung der Krankenhauskommission. Genosse Pfeiliger verlangte bei dieser Gelegenheit, daß auch unsere Partei wieder in der Kommission eine Vertretung erhalte und daß dazu auch eine Arbeiterversammlung einberufen werde.

Der dritte Gegenstand war die weitere Fortsetzung von 18549 M. zur inneren Einrichtung des Krankenhauses. Bei dieser Vorlage bemerkte der Oberbürgermeister, daß in der Presse ganz übertriebene Behauptungen über den Kostenpunkt des Krankenhauses aufgestellt worden seien.

Der fünfte Gegenstand betraf die Vereinbarung zwischen der Stadt und der Pfählerzunft, betreffend die Herstellung der Straßen und Kanalisationsanlagen anlässlich der Aufteilung des Parkes beim Personalarbeitsamt.

Die Forderung von 84000 M. für die Kaufmänner einer hierherkommenden Maschinenwerkstattkommission bildete den sechsten Tagesordnungsgegenstand. Die Gebühr sollte schon zum 1. Oktober d. J. gezogen werden.

Der siebente Gegenstand betraf die Festsetzung des Gasverkaufspreises auf 15 Pfg. pro Kubikmeter. Diesem Punkte folgte das Landgas 20, das Landgas 14 Pfg. pro Kubikmeter. Motorerogas mit eigener Leitung und besonderer Ueberholung 12 Pfg. kosten.

Als achter Gegenstand wurde der Dienstvertrag mit dem neuen Direktor der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte behandelt. Der Vertrag wurde nach kurzer Debatte, die sich um die Streichung der Sachbezüge bis zur Höhe von 500 M. und die Umzugskosten drehte, mit großer Mehrheit angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung: Veränderung und Ergänzung der Friedhöfe, wurde vertagt. Die Sitzung dauerte bis 7 Uhr.

* Forzheim, 7. Febr. Der Buchhalter Ohr, der kürzlich seine Geliebte, die Antonijin Krauß, tötete, ist aus dem Krankenhaus entlassen und in das Amtsgefängnis verbracht worden. Die Verlesungen, die er sich nach Verübung der Tat zusägte, erwiesen sich als ungeschädlich und geringfügig.

- R. Großer Schwimbel. Die Bijouteriefabrikanten sind einem großen Schwimbel in Berlin zum Opfer gefallen. Der Jubelhaber der Firma Gebrüder Blumenkantz in Berlin, Jakob W. tam Ende Dezember nach Forzheim und nach Danau, brachte einen Ausweis mit, daß ihm eine Bank 100000 M. bei der Deutschen Bank in Berlin zur Verfügung gestellt habe und bestelle auf Grund dessen für etwa 100000 M. Waren, die Mitte Januar abgeliefert und bar bezahlt werden sollten.

No. 35. ...

hiesigen Erbe sein. Er blieb hie, dann wurde Nachfolger. Nach kurzer Zeit wurde er in den durch den Tod verstorbenen Nachfolger. Er wurde durch den Tod verstorbenen Nachfolger. Er wurde durch den Tod verstorbenen Nachfolger.

8 Mannheim, 9. Febr. Im Schloßgarten erschoss sich gestern Abend etwa um halb 11 Uhr ein 34 Jahre alter verheirateter Metzger aus St. Ludwig, zuletzt wohnhaft hier, infolge eines Selbstmordes. Seine Leiche wurde in die Leichenhalle auf den Friedhof gebracht.

9. Febr. Der 10jährige Volksschüler Krieger fiel gestern Nachmittag beim Spielen am Neckar in den Fluß und ertrank.

7. Febr. Auf verschiedenen Gewannen der Gemarkung Weinheim stehen bereits einzelne Mandelbäume in voller Blüte. Es ist seit Menschengedenken das erste Mal, daß an der badischen Bergstraße schon Anfang Februar die Mandeln zu blühen beginnen.

8. Febr. In der Scheuer des Schneiders J. Bauer entstand gestern ein Brand, der im kurzen Zeit auf das Haus des Schneiders B. Knäbel übergriff. Dessen Wohnhaus und Dekorationsgebäude sowie die Scheuer des Bauers fielen dem Feuer zum Opfer.

9. Febr. Hier brach in dem Oelonomieanwesen des Schneiders Bauer Feuer aus, welches auf das anstehende Gebäude des Schneiders Knäbel übergriff. Beide Anwesen wurden vollständig eingeäschert. Die Fahrmittel und der Viehbestand konnten gerettet werden.

7. Febr. Gestern Abend spielte sich hier in der Kaiserstraße ein Liebesdrama ab. Der 24 Jahre alte Tochter des Landwirts Göttinger drei Redolierschüsse ab und verletzte sich durch einen Schuß in die Brust. Er wird mit der Schwere verletzt. Diese Löhne, wie die „Lahr. Ztg.“ berichtet, vor einiger Zeit auf Wunsch ihrer Eltern das Verhältnis. Er wollte das Mädchen und sich lösen. Sein Plan gelang ihm aber nicht vollständig, denn die Schwere Verletzungen, welche er der Göttinger und sich beibrachte, sind nicht lebensgefährlicher Art. Der Täter wurde verhaftet.

7. Febr. Ein Soldat der 2. Kompanie Nr. 112 kam kürzlich in ein hiesiges Gasthaus und verlor sich in einem Zimmer anwesenden zu dürfen. Als man nach 8 Stunden noch keine Kunde sah, war er verschwunden mit Zurücklassung seiner Uniform und Ausrüstungsgegenstände.

7. Febr. Gestern Abend 1/6 Uhr erkrankte eine junge Frau in der Wut. Des hohen Wasserstandes wegen konnte dieselbe nicht mehr gerettet werden.

9. Febr. In dem Schlaraffenland des Feldartillerieregiments Nr. 76 nahmen zum erstenmal zwei Militärscheiter mit ihren Beobachtungsoffizieren als Zuschauer teil. Die Heizer trafen aus Straßburg ein und kehrten nach heftigen Kämpfen über dem Übungsgelände. Gegen Schluß der Übung traten sie den Rückzug nach Straßburg an.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 10. Febr.
Eine neue Geigenfirma.

Im Frühjahr des vergangenen Jahres haben wir uns wiederholt genötigt, auf die Beschwerden vieler Betroffenen hin, unsere Leser vor der Berliner Geigenfirma Berger u. Co. eindringlich zu warnen. Die Agenten dieser Firma verließen Karlsruhe, nachdem sie eine große Zahl Leichtgläubiger geschöpft hatten und ein Geschäft infolge unserer Warnungen nicht mehr zu machen war. Neuerdings versuchen nun Agenten einer Firma aus Straßburg — sie führen den stolzen Namen „Victoria“ — auf ganz ähnliche Weise wie jene der Firma Berger, Geschäfte in hiesiger Stadt zu machen. Sie ziehen von Familie zu Familie, preisen einen Violin, die einen Wert von 79,50 Mk. haben soll, schon das ist merkwürdig, daß eine Violine gerade ausgerechnet 79 Mk. und 50 Pf. kostet, und versuchen die Leute zu überreden, gegen eine Anzahlung von 10 Mk. und eine wöchentliche Abschlagszahlung von 2,50 Mk. sich ein Instrument, das in seiner Höhe „nur von den alten Cremonenser Meistergeigen“ übertraffen werde, zu erwerben. Die Firma ist dann weiter in ihrem Drange, nicht möglichst viele Geigen loszubringen, ihr so etwas zu unterstellen wäre beleidigend, nein, ausschließlich in dem Drange, aus Karlsruhe eine möglichst musikalische Stadt zu machen, bereit, den Inhaber des Kaufvertrags zu berechtigten, volle 8 Monate lang einmal wöchentlich unentgeltlich Violinunterricht in der Schule der Firma zu nehmen. Also: Eine Geige, die „nur“ von den tausenden von Mark kostenden Cremonenser Geigen übertraffen wird und acht Monate unentgeltlich Unterricht, mehr kann man unmöglich bieten. Solche ungenügende Firma gehört für ihre Wohlthaten öffentlich und privat unterstellt — wenn die Sache nicht einen Haken hätte. Wir haben nämlich, weil wir einmal durch die üblichen Erfahrungen mit der Firma Berger gewarnt worden

sind und weil wir zum zweitenmal an so viel Uneigentümligkeit nicht glauben können, so eine unübertroffene Geige von einer ersten Geigenfirma und einem musikalischen Sachverständigen prüfen lassen. Beide erklärten übereinstimmend, daß die Geige höchstens einen Wert von 18 Mark habe, mit Zubehör einen solchen von etwa 28 Mark. Es verbleiben somit noch 51 Mk., für die die Käufer „8 Monate lang „unentgeltlich“ wöchentlich eine Stunde Violinunterricht erhalten“, macht pro Stunde 1,50—1,70 Mk. Da der Unterricht nicht Einzelunterricht ist, sondern Klassenunterricht, so hat der einzelne Schüler von demselben herzlich wenig. Es gibt Duzende von hiesigen Musiklehrern, die in ihrem Fach aber auch etwas leisten, die sich schlecht und recht kümmerlich durchs Leben schlagen müssen, die gern bereit sind, um diesen Preis guten und gediegenen Einzelunterricht zu erteilen. Würden diese Leute dieselbe Aufdringlichkeit bestigen wie jene Agenten und würden von Haus zu Haus ziehen und ihre Kunst anpreisen, sie würden meistens abgewiesen werden, denn gerade die Bevölkerungskreise, die von den Agenten jener Firmen heimgesucht werden, würden mit Recht sagen, daß die heutige Zeit nicht dazu angetan ist, so gerne sie es möchten, auch ihren Kindern noch Musikunterricht geben zu lassen. Kommt aber ein auswärtiger Reisender, der es versteht, mit recht vielen Worten möglichst wenig zu sagen und recht große Versprechungen zu machen, gleich fällt eine ganze Straße darauf herein. Wir hoffen, daß jene Leute, die sich schon auf das Geschäft eingelassen haben und jene, die noch den Besuch eines Agenten erhalten, werden schon auf Grund unseres rechnerischen Hinweises einsehen, daß das „Geschäft“, das sie zu machen glaubten, durchaus auf der Gegenseite gemacht werden wird. Zu dieser Einsicht sollte übrigens jeder vernünftige Mensch heutzutage, wo man nichts mehr für umsonst erhält und auch nichts mehr für umsonst getan bekommt, von selbst kommen.

Fleischverjorgung.

Gestern traf am hiesigen Schlachthof zum erstenmal ein Wagen mit geschlachteten irländischen Kindern ein. Das Fleisch ist von ausgezeichneter Qualität.

Viertes volkstümliches Synchronie-Konzert.

Im Feuilletonteil des heutigen Blattes bringen wir heute einige biographische Notizen über Richard Wagner und Franz Liszt. Unsern Lesern möchten wir dieselben zur Beachtung empfehlen.

Karten sind in folgenden Verkaufsstellen zu haben: Arbeitersekretariat, „Volkstempel“ Buchhandlung, auf den Gewerkschaftsbüroaus, Gewerkschaftszentrale, Kaiserstr. 13, „Schrummel“, Durlacherstraße, im „Auerhahn“, Schützenstraße, in der „Eiche“, Augartenstraße, in der „Palme“, Festungstraße, sowie in den Singstunden der Arbeiter-Gesangsvereine.

Eine interessante Entscheidung des Oberlandesgerichts.

Das Oberlandesgericht hatte kürzlich über die Frage zu entscheiden: Liegt ein „Betriebsunfall“ vor, wenn ein Reisender beim Aussteigen aus einem Wagenabteil stürzt, nachdem der Zug vollständig zum Halten gebracht worden war und auch keinerlei ruckartige Bewegungen mehr machte?

Wir lesen darüber in der „Bad. Rechtspraxis“: In sich liegt ein „Betriebsunfall“ vor, der den Verletzten als Betriebsunfallnehmer für den dem Kläger entstandenen Schaden ohne weiteres als haftbar erscheinen läßt; denn auch das Aussteigen der Reisenden aus den Wagen eines ordnungsmäßig auf der Station haltenden Zuges gehört noch zu den die Beförderungstätigkeit der Eisenbahn betreffenden Vorgängen, da die Beförderung der Reisenden erst für abgeschlossen zu erachten ist, wenn sie die Wagen verlassen haben. Es sind daher Unfälle, die beim Aussteigen sich ereignen, auch ohne weiteren Nachweis ihres ursächlichen Zusammenhangs mit einer besonderen Betriebsgefahr zu den „bei dem Betrieb der Eisenbahn“ vorkommenden Unfällen zu rechnen.

Gegenüber der strengen Sachpflicht der Eisenbahnunternehmer für die mit dem Aussteigen über die hohen, steilen und schmalen Stufen der Trittbretter, wie sie aus wirtschaftlichen und technischen Gründen gestaltet sein müssen, verbundene Gefahr erhebt es aber, die im Verkehr erforderliche Sorgfalt, daß ein absteigender Reisender sich der zum Festhalten beim Aussteigen bestimmten Vorrichtungen auch gewissenhaft bedient, auszulösen. Wer dies veräußert, und dadurch zu Schaden kommt, läßt daher ohne weiteres den Vorwurf des Selbstverschuldens auf

sich, das die Haftung des Eisenbahnunternehmers ausschließt, wenn der Verunglückte nicht zu rechtfertigen vermag, warum er diese nachfolgenden und gewöhnlichsten Vorsichtsmaßregeln unterlassen hat.

Mutterschutz und Pferdezucht.

Ein charakteristisches Bild für die Wertung der Mutterchaft in Deutschland bietet ein Vergleich der für Mutterchutz und Pferdezucht aufgewandten Summen — ein Vergleich, der dadurch nichts an Beweiskraft verliert, daß die eine Zahl nur für Preußen, die andere für ganz Deutschland gilt. Der Etat für Preußen 1913 zeigt in den Ausgaben für die Gessütsverwaltung folgende Summen: an ordentlichen Ausgaben 10 594 682 Mk., an außerordentlichen 806 300 Mk., zusammen 11 400 982 Mk., oder 687 905 Mk. mehr als im Vorjahre. Diese enormen Beträge hat man für die preussischen Pferde übrig, während man die obligatorische Hebammenhilfe bei der Abschichtung der Reichsversicherungsordnung abgelehnt hat. Dafür war natürlich kein Geld da, proletarische Mütter und Kinder sind nicht so wertvoll wie Pferde. Die Wöchnerinnenunterstützung für Landarbeiterinnen hat man von 8 auf 4 Wochen herabgesetzt, mögen Mutter und Kind sehen, wie sie sich durchschlagen — wenn nur die edlen Pferde keine Not leiden. Sämtliche Krankenkassen Deutschlands gaben im Jahre 1911 an Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung 6 799 157 Mark aus. Fast das Doppelte, 11,4 Millionen Mark, bewilligt der Etat für das kommende Jahr für die Gessütsverwaltung. Die Pferde werden besser behandelt, als die proletarischen Mütter und Kinder. Während jene gehegt und gepflegt werden, da plagen und schänden sich die Mütter des Volkes und müssen sehen, wie ihre Kinder Hunger leiden. Außerdem ist noch im Etat des Landwirtschaftsministeriums eine Summe von 505 600 Mark für Pferde angeführt, nämlich 385 600 Mark für Prämien bei Pferderennen und 120 000 Mark Prämien für die Zucht von Hengsten. Für Stillprämien an bedürftige Mütter hatte das Reich noch kein Geld; wenn es ausreichend für die Aufzucht der Pferde gefordert wird — und das scheint wichtiger zu sein, als sich der jungen Menschenkinder anzunehmen —, dann bleibt natürlich für diese nichts mehr übrig.

Allerdings hat die Gessütsverwaltung auch Einnahmen, diese sind für das Jahr 1913 mit 4,9 Millionen Mark angeführt. Immerhin beträgt der Zuschuß, den Preußen zur Gessütsverwaltung leistet, noch annähernd 6 1/2 Millionen Mark. Rechnet man dazu noch die 505 600 Mark, die das Landwirtschaftsministerium für Pferdezucht gibt, so ergibt sich die staatliche Summe von 6 986 804 Mk. Diese fast 7 Millionen Mark, die für Pferde ausgegeben werden, überschreiten den Betrag, der in ganz Deutschland von allen Krankenkassen für Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung im Jahre 1911 geleistet wurde, immerhin noch um ein Beträchtliches. So werden Menschen und Pferde in Preußen-Deutschland gewertet.

Konzert des Karlsruher Lehrergesangsvereins zugunsten der Ferienkolonien.

Das vorjährige Konzert des Lehrergesangsvereins, der sich durch seine künstlerischen Leistungen schnell die volle Anerkennung des hiesigen Publikums erlangt, fand allseitig den stärksten Beifall. Der Verein hat sich deshalb in diesem Jahre wiederum entschlossen, angesichts des guten Zwecks, die große Mühe und Arbeit nicht zu scheuen und am Sonntag, den 21. Februar d. J., nachmittags 4 Uhr, im großen Saale der Festhalle abermals eine größere Aufführung zu veranstalten, die gewiß auch wie die vorjährige ihren Zweck nicht verfehlen wird. Außer dem 150 Sänger starken Männerchor wird ein Schillerchor, gebildet aus circa 400 Schülern und Schülerinnen der Volksschule, einige Volkslieder singen und zusammen mit Männerchor, Solos und Orchester ein größeres Werk von Robert Schumann, „Die tausendjährige Rinde“, zur Aufführung bringen. Die Orchester bes. Kammermusik für Frau Hedwig Marx-Straß (Mannheim) hat sich in dankenswerter Weise in den Dienst der guten Sache gestellt und auch unsere einheimische rühmlichst bekannte Künstlerin, Fräulein Hildegard Schumacher (Sapran) hat ihre freundliche Mitwirkung zugesagt. Das Orchester stellt die Kapelle des Leibgrenadier-Regiments. Da beim letztjährigen Konzert die Karten in wenigen Tagen vergriffen waren, dürfte es sich empfehlen, frühzeitig Eintrittskarten zu bestellen. Der Kartenverkauf wird nächstens bekanntgegeben werden.

Fleischverjorgung im Jahre 1912. Zu den Viehmärkten im städtischen Viehhof wurden 2842 (1911: 3228) Ochsen, 2266 (1900) Kühe, 2291 (2197) Rinder, 1746 (1682) Ferkeln, 18 561 (14 243) Mäuler, 66 445 (68 631) Schweine und 2319 (2448) Hammel aufgetrieben. Von dem aufgetriebenen Vieh waren eingeführt aus: Dänemark 12 Rinder, 4 Ferkeln; Schweden 400 Ochsen, 328 Rinder, 323 Ferkeln; Schveden 60 Ochsen,

4. Volkstümliches Synchronie-Konzert (Wagner-Feier).

Um das Andenken an den großen deutschen Dichter-Komponisten Richard Wagner anlässlich seines 30. Todestages würdig zu ehren, veranstaltet die verstärkte Kapelle (44 Musiker) des 1. Bad. Leibgrenadier-Regiments Nr. 109 unter Leitung ihres bewährten Musikleiters Vernhagen am Mittwoch, 17. Febr., im großen Festsaal eine Wagner-Feier.

Wagner als Gründer und Schöpfer des modernen Dramas verdient um so mehr das weitestgehende Interesse, weil sich auf seine musikalische Ausdrucksform und Tonsprache überhaupt die gesamte neuzeitliche Musik aufbaut. Wagner verfolgte das Ziel: musikalische Sprache und der inhaltliche Gehalt des aus singenden Worten übereinstimmen zu lassen. Dadurch schuf er den „Sprechgesang“. Das gesungene Wort nimmt bei Wagner die führende Stelle ein, dem er das Orchester als musikalische Illustration unterordnet; ihm aber dennoch eine ganz bedeutende Aufgabe zuerteilt, indem es durch seine motivische Selbständigkeit die Geschehnisse der Bühnenshandlung nach symphonischer Art zu unterzeichnen und zu veranschaulichen hat. So schuf Wagner eine völlig neue Oper, — eine rein deutsche Oper, die im „Nidelungen-Ring“ ihre Blüte als „Dramma“ erreichte. Revolutionär, wie er auch in seiner Gesinnung war, rief er unbekümmert das Traditionselle, die herkömmliche Form mit Kühner Entschlossenheit nieder und ging als Sieger seine eigenen, neuen Bahnen. Es scheint uns daher angebracht, aus Wagners Werdegang einige wichtige Daten unsern Lesern mitzutellen.

Richard Wagner wurde geboren am 22. Mai 1813 in Leipzig und starb am 13. Februar 1883 in Venedig. Er war Schüler des Thomaskantors Theodor Weinlig, wandelte in seinen ersten Schöpfungen herkömmliche Bahnen, wandelte sich aber der dramatischen Komposition („Die Feen“, 1833; „Das Liebesverbot“, 1838) und wuchs hier später über alle seine Vorbilder hinaus. Er heiratete 1836 die Schauspielerin Minna Planer (gestorben 1861), wurde durch die Heirat mit der Theater, an denen er wirkte, wiederholt stellunglos, verheiratete 1839 sein Glück in Paris und schlug sich mit Lohnarbeiten kümmerlich durch. Der glänzende Erfolg seines „Rienzi“ verschaffte ihm 1842 die Anstellung als Hofkapellmeister in Dresden. Hier brachte er 1843 seinen „Fliegenden Holländer“, 1845 den „Tannhäuser“ zur Aufführung. Im Frühjahr 1849 mußte er wegen Teilnahme an der Revolution ins Ausland flüchten. Sein 1847 geschriebener „Lohengrin“ wurde 1850 zuerst in Weimar aufgeführt; neue Werke schrieb er als Verbannung in Paris und Zürich. Erst 1861 wurde er amnestiert und konnte Aufführungen seiner Werke vorbereiten (Karlsruhe und Wien). Da betraf ihn 1864 der junge König Ludwig II. von Bayern nach München und ermöglichte ihm die Verwirklichung seiner Pläne. Aufgeführt wurden 1865 „Tristan und Isolde“ (1869 vollendet), 1868 die „Meistersinger von Nürnberg“, 1869 „Rheingold“, 1870 „Die Walküre“. Seine Idee, eine Stätte nationaler musikalischer dramatischer Festspiele zu schaffen, wurde verwirklicht mit der Grundsteinlegung des Festspielhauses zu Bayreuth (1872), wo 1876 zuerst die Tetralogie „Der Ring der Nibelungen“ (Rheingold — Walküre — Siegfried — Götterdämmerung) aufgeführt wurde. Im Jahre 1882 folgte das Bühnenweib-Festspiel „Parsifal“, welches augenblicklich den deutschen Reichstag unnötigweise beschäftigt. Neben diesen großen Opernwerken hinterließ Wagner auch noch einige andere, die in ihrer

Art von ebensolcher Bedeutung sind. Persönliche Beziehungen unterhielt Wagner insbesondere zu Franz Liszt und Hans von Bülow; letztere erfuhren aber einen jähren Abbruch, als Bülow's Gattin, Liszt's Tochter Cosima, ihn verließ, um Wagners Frau zu werden.

Wir sehen also, daß Franz Liszt, der auch auf dem Mittwoch-Programm mit zwei Stücken zu Worte kommt, Wagners Schwiegervater war und scheint deshalb auch über dieselben einige Notizen am Platze.

Franz von Liszt, Klaviervirtuose und Komponist, wurde am 22. Oktober 1811 in Raiding bei Oldenburg geboren und starb am 31. Juli 1886 in Bayreuth. Liszt war Schüler von Czerny und Sagieri in Wien, studierte seit 1823 in Paris unter Paër und Reicha, ging dann nach London, später nach der Schweiz, 1837 nach Italien und machte 1839—1847 Konzertreisen durch ganz Europa, überall Enthusiasmus erregend. Im Jahre 1847 gab er auf Veranlassung der Fürstin Karoline von Sayn-Wittgenstein in Weimar als Kapellmeister in außerordentlichen Diensten das Virtuosenleben auf und widmete sich ausschließlich der Komposition. Kräftig trat er dort für Wagner und Beethoven ein und schrieb symphonische Dichtungen in der Art von Programmmusik: „Vergil-Symphonie“, „Lais“, „Prometheus“, „Cepheus“, „Prometheus“, „Ragazza“, „Festlänge“, „Heldenklänge“, „Hungaria“, „Sonnenschlag“, „Hamlet“, „Die Ideale“ (nach Schiller), sowie die „Fausst- und Dante-Symphonie“. Auch seine „15 ungarischen Rhapsodien“ und seine einzige Oper: „Legende der Heiligen Elisabeth“ schrieb er in Weimar. Im Jahre 1859 wurde er Ehrenpräsident des „Allgemeinen deutschen Musikvereins“. Infolge Intriguen und Begnern zog Liszt 1861 nach Rom, nahm die geistlichen Weihen und schrieb hauptsächlich Kirchenmusik; aber auch als geistvoller Schriftsteller war Liszt bekannt.

Neues vom Tage.

Jugendlicher Uebermut.

Galw, 5. Febr. Anfangs November v. J. wurden einem hiesigen Oekonomie 4 Gänse entwendet. Der Mann setzte auf die Ermittlung der Gänsehiebe eine Belohnung aus, die aber allem Anschein nach niemand verdienen sollte. Etwa acht Tage später wurde bekanntlich am Wehr bei der Krampfzucht bei einer Uebersicht der Sanitätskolonne eine Schachtel mit Gänsefedern gefunden, die zuerst unbeachtet blieb, dann aber von dem dazu kommenden Stationskommandanten an sich genommen wurde. Wie sich bei näherer Untersuchung herausstellte, enthielt die Schachtel noch ein blutiges Taschentuch mit Monogramm. Dies sowie die Schachtel führten auf die Spur der Gänsehiebe. Als solche wurden 14 Handelsjünger ermittelt, die die Tiere beim Nachfahren mit den Kindern erschlugen und nachher in einer hiesigen Wirtschaft zubereiten ließen. Sowie nun verurteilt, hat der Eigentümer der Gänse seinen Strafantrag zurückgezogen, nachdem er jedenfalls gut entschädigt worden war. Wir haben ferner nichts dagegen einzuwenden, wenn wegen Dummheitseigentümern nicht gleich der Staatsanwalt seines Amtes walten muß. Nur möchten wir wünschen, daß derartige Strafanträge auch zurückgezogen würden, wenn arme Teufel bei derartigen Streichen in Betracht kommen, die mehr aus Not als aus Mitleiden handeln.

Explosionsunglück.

Sonn, 7. Febr. Im Preßwerk der Pulverfabrik in Troisdorf fand gestern nachmittags eine Explosion statt, bei der ein Schürmeister getötet wurde. Zwei Arbeiter erlitten schwere und eine leichte Brandwunden. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden.

Die letzte Ehre.

Bremen, 7. Febr. Eine eigenartige Demonstration veranstaltete die gesamte Arbeiterschaft der A.-G. Weier in Bremen. Aus Anlaß der Beerdigung eines vor einigen Tagen in der Werft tödlich verunglückten Kameraden blieb die gesamte Arbeiterschaft, ungefähr 4000 Mann ohne vorherige Bemächtigung der Arbeit fern und folgte dem Bestattungszug zum Grab. Der Betrieb auf der Werft ruhte deshalb vollständig.

Grausige Entdeckung.

London, 7. Febr. Ein Beamter des Gesundheitsamtes machte eine unheimliche Entdeckung. Als er gestern ein Haus revidieren wollte, wurde ihm nicht geöffnet. Er schlug die Tür ein und fand in einem Zimmer die verwesene Leiche einer bereits vor sechs Jahren verstorbenen Frau. In demselben Zimmer kauften ihre schwachsinnige Schwester. Diese hatte sich seinerzeit geweigert, die Kosten für das Begräbnis der Toten zu bezahlen und sie hatte die Leiche aus diesem Grunde im Zimmer belassen. Die Leiche wurde in einem Spital untergebracht.

Der Balkan-Konflikt.

Türkischer Truppentransport.

Konstantinopel, 8. Febr. Das 10. Armeekorps, das sich hier befindet, wurde samt seiner Kavallerie und Artillerie heute nach Gallipoli abtransportiert. Die Einschiffung erfolgte in Ordnung auf den Kais von Stambul und Galata auf 15 Transportschiffen abends und während der Nacht. Der Marineminister und Enver Bey sollen auch nach Gallipoli abreißen. Es heißt, daß infolge der Kriegsoperationen in Gallipoli die Landung einer größeren Truppenmacht in Rodosto vorläufig verschoben worden ist.

Die Kämpfe in der Tschataldscha-Linie.

Konstantinopel, 8. Febr. 11 Uhr 50 Min. abends. Nach einem offiziellen Communiqué dauern die Schärfe fort. Bei der türkischen Armee in der Tschataldscha-Linie ist keine Aenderung eingetreten. Die türkische Infanterie und Kavallerie gingen auf dem linken Flügel gestern gegen den Feind vor. Auf der Halbinsel Gallipoli haben zwischen den bei Bulair befindlichen ottomaniischen Truppen und den bei Kamilo stehenden Feinden Zusammenstöße stattgefunden, die die Lage aber nicht geändert haben. Die Beschießung Adrianopels dauert seit vier Tagen an. Die Festung setzt beständig Widerstand entgegen. Das Gerücht über die Schließung der Dardanellen wird amtlich als falsch bezeichnet. Ein bulgarischer Aeroplan überflog Konstantinopel. Er wurde aber durch das türkische Feuer zur Rückkehr gezwungen. Nach einer Meldung des Fiedam wurde die fiktive von den türkischen Truppen aufgebene Stellung bei Kavak nach heftigem Kampfe wieder genommen und der Feind unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

Sofia, 8. Febr. Die türkischen Truppen rückten gestern aus Tschataldscha in 3 Richtungen vor. Eine aus 6 Bataillonen bestehende Kolonne marschierte, unterstützt von der Artillerie des Forts „Gianr-Bajir“ und den Kanonen zweier Kreuzer und zweier Torpedoboote, die vor Bujuk-Tschermesche verankert lagen, um 9 Uhr früh gegen die bulgarischen Truppen, die die Position bei Arnautkij besetzt hielten. Diese warfen den Feind durch einen energischen Angriff gegen die Geschütze von Bujuk-Tschermesche zurück. Eine zweite Kolonne, aus 2 Bataillonen bestehend, rückte vorgestern von Baktischkij vor, zog sich aber vor dem Infanterie- und Artilleriefeuer der Bulgaren über den Karafu zurück, ohne den Gegenstoß abzuwarten, zu dem die Bulgaren sich ansetzten. Endlich setzte sich ein türkisches Regiment mit einer Mitrailleurabteilung und einer Gebirgsbatterie von dem Dorfe Gultschel her in Bewegung, wurde aber von den bulgarischen Truppen mit

Rübe, 14 Rinder, 59 Färren; der Schweiz 43 Rübe, 4 Färren; 1911: aus Frankreich 340 Ochsen, 1 Kuh, 19 Rinder, 532 Färren). Geschlachtet wurden 3975 3718 Ochsen, 2867 (2432) Rübe, 1768 (1750) Rinder, 1898 (1813) Färren, 16 137 (17 530) Kälber, 36 637 (43 450) Schweine und 2513 (2694) Hammel. Das Schlachtgewicht betrug für Ochsen 940 030 Kilogramm (1911: 1 014 068), Rübe 610 627 Kg. (508 229), Rinder 358 832 Kilogramm (340 755), Färren 605 088 Kilogramm (615 088), Kälber 625 961 Kg. (670 374), Schweine 2 508 562 Kilogramm (3 064 963) und Hammel 62 826 Kg. (67 350). Das Gesamtgewicht mit 3 203 729 Kg. (3 811 679). — Die der Fleischbeschau unterworfenen Fleischimporte betrug 1831 569,5 Kilogramm (679 278,5), davon eingeführt aus dem Auslande 788 507 Kg. (36 867) und zwar aus Dänemark 44 174 Kilogramm (36 865), Holland 679 352 Kg. (0), Schweden 64 981 Kg. (1911: 0).

Brand im Rangierbahnhof. Am Samstag abend entstand im Rangierbahnhof hier Feuer. Zwei mit Korn und dergleichen beladene Güterwagen standen in Flammen. Das Feuer dehnte sich auch auf das Zugmeistergebäude aus, konnte hier aber eingedämmt werden, sodaß nur der Dachstuhl sehr stark beschädigt wurde, während die beiden Wagen vollständig verbrannten. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt. Der Schaden ist recht beträchtlich.

Hoteldiebstahl. Aus einem unterschloffenen Fremdenzimmer eines Gasthauses in der Kronenstrasse stahl Freitag nachmittags ein Unbekannter einen braunen leinwandenen Mantel mit verschiedener Bekleidung im Werte von 36 Mk.

Begen Kuppel wurde eine Witwe in der Durlacherstrasse festgenommen.

Weiter wurden festgenommen: ein Dienstmädchen aus Furtwangen, das seine Dienstherrschaft verläßt und ein lediger Blechwer aus Oberbinden, den die Staatsanwaltschaft in Freiburg wegen Betrugs verfolgt.

Unfälle. Am 6. ds. Mts. abends gegen 8 Uhr rutschte in der Reiterhofener Allee beim Heruntersteigen von seinem Fuhwerk ein Landwirt aus Staffort aus und kam unter den Wagen, wobei ihm zwei Räder über die beiden Unterschenkel gingen. Er hat sich dabei erhebliche Quetschungen zugezogen. Nachdem dem Verletzten durch einen in der Nähe wohnenden Bahnwart ein Notverband angelegt war, fuhr er mit seinem Fuhwerk weiter.

Am 6. ds. Mts., abends halb 6 Uhr, erlitt ein in der Rüppurrstrasse wohnender Installateur am Güterbahnhof dadurch einen Unfall, daß er beim Abladen einer Kiste vor der Frachtgarnale sich zwischen zwei Wagen stellte und von dem einen Fußbock beim Anwenden erfaßt und gegen den anderen Wagen gedrückt wurde. Er hat sich dabei innere Verletzungen zugezogen, die seine Ueberführung ins städtische Krankenhaus erforderlich machten.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Das Herpen-Brown-Konzert findet heute den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Museumsfoale statt.

Zur Eröffnung der Starkbiersaison. Am Samstag abend die Brauerei Sinner eine Anzahl Freunde der Brauerei Sinner und Vertreter der Presse zum Anstich ihres diesjährigen Starkbieres in das Klubzimmer des Hotel „Friedrichshof“ zu Gast, um, wie Herr Direktor Da h g r u b e r in seiner launigen Ansprache bemerkte, von „gewiegten Fachleuten“ feststellen zu lassen, ob das diesjährige Sinnerstarkbier die Prüfung besteht und dem Münchener Salvator zur Seite gestellt werden kann. Und die Prüfung, die sich bis in die frühen Morgenstunden hinzog, ist entschieden zu Gunsten des Stoffes ausgefallen. Bei ausgezeichneter Bewirtung in Speise und Trank hat der splendide Gastgeber noch für gediegene Unterhaltung gesorgt. Neben der vorzüglichen Künstlerkapelle des „Friedrichshofes“ traten noch ein Waldhornquartett, zwei Sänger zur Laute und eine Anzahl Humoristen auf, sodaß der Abend in der denkbar angenehmsten Weise verlief.

Der Allgemeinheit zugänglich gemacht wurde das Starkbier nach der Vorprobe am Samstag durch das Starkbierfest im „Röhren Frug“ am gestrigen Sonntag. Das Fest war, wie die früheren Feste, sehr gut besucht. Bei dem vorzüglichen Stoff entwickelte sich bald eine fröhliche Stimmung. Die Artilleriekapelle unter der bewährten Leitung des Herrn Schotte tat ihr Möglichstes zur Unterhaltung der Gäste. Zu erwähnen sind hauptsächlich die urförmlichen Vorträge des Badenia-Müllers, welche dauernd die Nachmüsten in Bewegung setzten.

Festhallenkoncert. Die Grenadierkapelle gab gestern nachmittags in der Festhalle ein großes humoristisches Konzert mit Streich-, Militär- und Schrammel-Musik unter Leitung von Herrn Bernhagen. Das Programm war sehr abwechslungsreich und der jetzt noch herrschenden Karnevals- bzw. Wodbiertimmung angepaßt. Außerdem enthielt dasselbe zwei Vorträge des Herrn Karl Müller aus Stuttgart, von denen man leider selbst in der Mitte des Saales nichts verstehen konnte, da das Organ des Vortragenden nicht durchdrang. Die Darbietungen der Kapelle wurden in gewohnter meisterhafter Weise durchgeführt und wurden lebhaft applaudiert, so daß sich Meister Bernhagen verschiedentlich zu Dreingaben verstehen mußte.

Das Residenztheater zeigt von heute ab wieder ein neues Programm, das sich durch große Reichhaltigkeit auszeichnet. Neben dem italienischen Drama „Seelenstürme“ kommt noch ein mexikanisches Drama „Unter dem Sternbanner“ zur Vorführung. Der Affrobatenfilm „Die Truppe Surla“, die Hamorreste „Morik sucht Stellung“ und die Naturaufnahme „Ein Markt in Kabylien“ bringen mit den Bildern über die neuesten Ereignisse eine angenehme Abwechslung in das dieswöchige Programm.

Fußball-Sport. Rhönitz — R. F. B. 2 : 0. Auch dieses Mal gelang es Rhönitz, vor einer sehr großen Zuschauermenge seinen Lokalrivalen zu schlagen. Doch dürfte ein großer Teil der Zuschauer nicht sehr befriedigt den Platz verlassen haben, da besonders gegen Schluß einige Spieler das Maß des Erlaubten bedeutend überschritten. Solche Vorkommnisse dienen sicher nicht dazu, dem Fußballsport Freunde zu erwerben. Das Spiel selbst war insgesamt abwechslungsreich und boten die beiden Mannschaften spritzvolle Leistungen. Rhönitz hatte Anstoß, der sofort abgefangen wurde, in rasendem Tempo wechselten dann die Bilder. Vor beiden Toren gab es heisse Situationen; R. F. B. fand sich stets zusammen und leitete seine Angriffe, die ebenso schon abgewiesen wurden. Erst nach und nach kam auch Rhönitz in Schwung. Ein Schmeißer für Rhönitz wurde beschossen, doch wenige Minuten vor der Pause gab der Mittelstürmer von Rhönitz seinem Verein durch ein schönes Tor die Führung. Nach Wiederbeginn erfaßte Rhönitz seinen Vorsprung auf zwei. R. F. B. gab jedoch nicht nach, doch erben die schönsten Angriffe bei der brillanten Rhönitzverteidigung oder im Aus. Das Spiel wurde nun immer schärfer, sodaß gegen Schluß sogar ein Schuß des Feldes verwiesen wurde. Beim Schlußpfiff war Rhönitz einmündiger Sieger mit 2 : 0 Toren. — Sportsfreunde gegen Stedern 0 : 0. Fürth gegen Pforheim 9 : 3.

dem Bajonett angegriffen und zum Rückzug in größter Unordnung gezwungen, wobei es seine Toten und Verwundeten auf dem Schlachtfelde zurückließ. Außerdem sind alle Versuche der Türken, auf der Linie Fenidzeköj—Dagarköj in der Gegend von Darfos zur Offensibe überzugehen, gescheitert. Der Feind ging überall in seine Stellungen zurück. Während des ganzen Tages machten bulgarische Flugzeuge Erkundungsflüge über der Tschataldscha-Linie.

Ein Protest der europäischen Konsule in Adrianopel.

Konstantinopel, 8. Febr. Wie verlautet, protestierten die in Adrianopel residierenden Konsule bei den hiesigen Botshaftern energisch gegen die Art der Beschießung der Stadt, die gegen das Prinzip der Menschlichkeit verstoße.

Nach einer Blättermeldung haben die Minister gestern gleich nach dem Selamlik über die Lage der türkischen Flotte beraten.

Die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen.

Bukarest, 8. Febr. Bulgarien scheint nun bei den Verhandlungen größere Nachgiebigkeit zu zeigen. Die Hoffnung auf eine baldige friedliche Verständigung verstärkt sich.

Letzte Nachrichten.

Der Schiedspruch für das deutsche Holzgewerbe.

Die Tarifverhandlungen für das deutsche Holzgewerbe haben am Samstag ihren Abschluß gefunden durch einen Schiedspruch, den Hr. v. Verlepsch zur Annahme empfahl. Der Schiedspruch hat, der „Bosjischen Zeitung“ zufolge, im wesentlichen folgenden Inhalt:

Die neuen Verträge für die diesmal in Frage kommenden 51 Lohngebiete sollen bis zum 15. Februar 1917, also vier Jahre, gelten. Die Verträge, die in den Jahren 1914, 1915 und 1916 ablaufen, sollen zusammengefaßt werden und einheitlich am 15. Februar 1919 ablaufen. Es würden also in Zukunft nur noch zwei Vertragsgruppen von ungefähr gleichem Umfang bestehen. Die Arbeitszeit soll in den jetzt in Frage kommenden Vertragsorten in der Weise geregelt werden, daß in den Großstädten (auch Berlin ist daran beteiligt) die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde, in den mittleren und kleinen Städten um zwei Stunden verkürzt wird. Diese Arbeitszeitverkürzung soll in den Jahren 1915 und 1916 eintreten, und dann soll die Arbeitszeit auch für die nächste Vertragsperiode, also bis 1921, unverändert bleiben. Die Stundenlöhne sollen überall durchschnittlich um 5 Pf. erhöht werden, außerdem soll ein Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung erfolgen.

Am Samstag abend waren die Vertreter des Arbeitgeberverbandes aus den einzelnen Vertragsorten im Handwerksammergebäude versammelt, um zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen, während die Städtevertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes gleichzeitig zu demselben Zweck im Gewerkschaftshause tagten. Die Hauptvorstände beider Verbände sind für die Annahme des Schiedspruches, während von den Vertretern einzelner Großstädte im Reich, besonders auf Arbeitgeberseite, gegen den Schiedspruch gesprochen wurde. Die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches fällt am nächsten Mittwoch in den Mitgliederversammlungen der Arbeiter und Arbeitgeber in den einzelnen Vertragsorten.

Der altenburgische Landtag.

Altenburg, 8. Febr. Der neingewählte Landtag setzt sich folgendermaßen zusammen: Bund der Landwirte 14, Sozialdemokraten 14, Fortschrittliche Volkspartei 3, Reichspartei 3, Nationalliberale 2, außerdem ein Rechtsliberaler, ein Freikonfessioneller und ein Parteilooser.

Eine neue Revolution in Mexiko.

Mexiko, 9. Febr. Eine Armeerevolution ist ausgebrochen. Die Truppen haben den Nationalpalast und die meisten öffentlichen Gebäude besetzt und patrouillieren durch die Straßen. Madero wurde zum Gefangenen gemacht.

Wasserstand des Rheins.

10. Februar. Schusterinsel 1.43 m, gef. 12 cm, Rehl 2.50 m, gef. 11 cm, Maxau 4.25 m, gef. 10 cm, Mannheim 3.86 m, gef. 12 cm.

Verantwortlich: für Politik Wilhelm Kolb; für Lokales, Kommunales und Feuilleton Hermann Winter; für den übrigen redaktionellen Teil Hermann Kadel; für die Inserate Karl Siegler; alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Sozialdem. Bürgerausschußfraktion.) Dienstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Protobill“ Fraktionssitzung. Vorschlag betr. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird erwartet. Der Vorstand.

Vom 8. bis 15. ds. Mts. werden die Restbestände der Weissen Woche sowie die während dieser Woche angetrubten Waren zu jedem annehmbaren Preis verkauft. Kaufhaus Jakob Löwe Kaiserstrasse 46. 5237

in grösster und Wertun- dem sind alle öj-Lozarföj zugehen, ge- ellungen zu- bulgarische schataldischa- rianopol. protestierten den hiesigen chiehung der feit verstoße. nister gestern. fischen Blotie

ingen. bei den Ber- zeigen. Die erständigung

m. he Holz- Holzgewerbe durch einen hme empfahl. eitung" zu-

mal in Frage 15. Februar re, die in den n zusammen- ar 1919 ab- och zwei Ber- ang bestehen. Frage kom- egelt werden. ran beteiligt) unde, in den Stunden ver- soll in den a soll die Ar- iode, also bis löhne sollen en, außerdem ertüftung er-

es Arbeit- ren Vertrags- melt, um zu während die eiterber- beverfchafts- Verbände sind rend von den besonders auf gesprochen unnahme oder ten Mittwoch r und Arbeit-

g. Landtag feht Landwirte 14 e Volkspartei ein in Rechts- teiliger.

xiko. ist ausge- alast und die patrullieren gefangenen ge-

0 m, gef. 11 cm gef. 12 cm. Totales, Kom- den übrigen Inzerate Karl e 24.

IS we e 46.

So lange Vorrat.

Sonder-Angebot!

Wir bringen ab Montag grosse Posten angestaubter **Reste** und **Restbestände** in **Damenwäsche, Bettwäsche, Weisswaren** zu staunend billigen Preisen in den Verkauf.

Angestaubte **RESTE** enorm billig!

Bettmatt, ca. 130 cm Wert ca. 1.45-1.05 im Rest **95,- 68,-**
Bettuchretonne Wert ca. 1.45-95,- im Rest **1.20 68,-**
Bettuchhalbleinen Wert ca. 1.60-1.30 im Rest **1.30 85,-**

Piqué Wert ca. 90-40,- im Rest **68,- 28,-**
Hemdentuch Wert ca. 60-40,- im Rest **48,- 26,-**
Halbleinen, 80/80 cm Wert ca. 85-58,- im Rest **68,- 42,-**

Brette Gardinen Wert ca. 90-55,- im Rest **68,- 35,-**
Schmale Gardinen Wert ca. 68-35,- im Rest **48,- 68,-**
Vorhangstoffe, ca. 130 cm Wert ca. 1.65-1.30 im Rest **1.30 95,-**

Handtücher, abgepasst, als Restbestand 1/2 Dtzd. **1.95 1.65 95,-**

Handtücher, vom Stück, Gerstenkorn, Gebild od. Drell Mtr. **44,- 32,- 17,-**

Damen-Wäsche

Taghemden Beinkleider Jacken Serie III **2.95** Serie II **1.95** Serie I **95,-**
Nachhemden, Ia Qualität, Serie III **4.65** Serie II **3.75** Serie I **2.95**
Untertaillen Serie III **1.65** Serie II **95,-** Serie I **48,-**
Einzelne Stickerei-Unterröcke, Wert ca. 18,- jetzt **8.50**
Einzelne Garnituren, Wert ca. 20,- jetzt **7.50 5.50**
Einzelne Kombinationen, Wert ca. 10,- jetzt **6.50**
Einzelne Matinées, Wert ca. 12,- jetzt **7.75**

Sämtliche Artikel sind zum Ausschauen auf Extralisten ausgelegt.

Bett-Wäsche

ca. 150 Stück einzelne Kissen reg. Wert 2.25-1.45 . . . Serie III **1.65** Serie II **1.45** Serie I **95,-**
Einzelne Paradekissen jetzt **6.50 3.25**
Einzelne Damast-Bezüge, Wert 6.35-4.25 jetzt **5.00 3.25**
Bettücher, aus gutem Haustuch, Wert ca. 3.50-2.95 jetzt **2.75 2.35**
Oberbettücher, mit eleg. Stickerei- Ein- und Ansatz, regulärer Wert 5.95-3.75 jetzt **4.75 2.65**
Grosse Posten einzelner und angestaubter **Tischtücher und Servietten**, ausserordentlich billig.

Schmoller.

Spanische Weinhandlung

von 2730

Jaime Miro

empfehlen ihre garantiert naturreinen

Weine

Rotwein von 60 Pfg. per Liter an
Weisswein von 70 Pfg. per Liter an
ff. Süs- und Dessertweine
Cognacs und Liköre.

Verkaufsstellen: Ruppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38, Lessingstrasse 29, Schillerstr. 23, Rheinstr. 45 und Gerwigstrasse 20.

Gesangverein Badenia e. V.

Am Samstag, den 15. Februar, findet in den Räumen der Festhalle

Großes Kostümfest

„Kirmes im Dorf“

statt. Ballmusik: Artillerietabelle Nr. 50 unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeister Schotte, sowie unter Mitwirkung der prämierten zivilisierten Hohenwälder Bauernkapelle.

Wir laden die berechtigten Mitglieder mit ihren Angehörigen mit dem Bemerken höflichst ein, daß gegen **Umtausch der Mitgliedskarten** besondere „Eintrittsprogramme und Langarten“ zum Preise von 20 Pfg. ausgegeben werden, welche zum Eintritt berechtigen. Um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, schon vorher diese Karten zu lösen, können dieselben am Dienstag den 11. und Donnerstag den 13. jeweils abends 8^{1/2} Uhr, im Vereinslokal und in der Wirtschaft zur „Wilhelmshöhe“, Cafe Schönen und Marienstrasse, aber nur gegen Umtausch der Mitglieds- und Bekarten in Empfang genommen werden. Selbstredend auch am Samstag abend an der Festhalle gegen Abgabe der Mitgliedsarten.

Ihr Nichtmitglieder sind Karten im Vorverkauf zu 1.50 Mk. bei Carrewarenhandlung N. Gfelle, Werderplatz, Zigarrengeschäft Morlok, Kaiserstrasse 75 und Karl Friedr. Strasse 26, sowie im Vereinslokal erhältlich. Abends an der Kasse 2 Mk.

Galeriekarten für Nichtmitglieder zum Preise von 50 Pfg. sind ebenfalls an den Vorverkaufsstellen und abends an der Kasse zu haben.

Saal- und Galerieöffnung, abends 7^{1/2} Uhr, Anfang 8^{1/2} Uhr. Eingang durch den Garderobengang.

Der Vorstand.

Schillerstrasse 22 Ecke Goethestr.

Metropol-Theater

Samstag, Sonntag und Montag aus dem reichhaltigen Programm

Ein verlorenes Leben.

Fesselndes Drama in zwei Akten.
Text von Hermann Förster.

Geldgier.

Drama in zwei Akten.
Vom 11. bis inkl. 14. Februar bringen wir den **Königin Luise.**
Film von der **Werktage ermäßigte Preise.**
Loge 80 S., 1. Platz 60 S., 2. Platz 40 S., 3. Platz 20 S.

Haltestelle der Strassenbahnlinie Kühler Krug.

Der beste Erwerb für Hausindustrie ist ihrer viel. Vorteile weg, unsere

Strickmaschine.

Ansehensvolle Leistungsfähigkeit, große Nadelersparnis, Vermeidung von Gallenwunden, große Plattersparnis.

Strickunterricht gratis.

Ebenfalls liefern wir Garne und nehmen die fertige Ware ab.

Schwinn & Ehrfeld.

Karlsruhe, Telefon Nr. 102, Kaiserstrasse 99.

Durlach. Badenanstalt Kleiber

21 Hauptstrasse 21.

Badezeit:
Vom 1. April bis 1. Oktober von morgens 7 bis abends 9 Uhr.
Vom 1. Oktober bis 1. April von morgens 8 bis abends 8 Uhr.

Preise der Bäder:
Bannenbäder mit Wäsche M 0.50, 10 Batten M 4.50
ohne Wäsche M 0.40, 10 M 3.50

Mittwoch Ausnahmetag

das Bad 10 Pfg. billiger. 101

Karlsruher Familien-Kranken-Kasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Unter staatlicher Aufsicht - Begründet i. J. 1890

Filialen:
Weststadt: Grenzstrasse 34 - Südstadt: Morgenstr. 6
Mittelstadt: Zähringerstr. 82 - Oststadt: Gerwigstr. 60
Freie Arztwahl!

Billige Schuhwaren!

Kaufen Sie stets in nur guten Qualitäten bei

W. Krüger, Auktionsgeschäft u. Schuhlager

Besonders **Kinderstiefel**, **Rindbock- und Wagsleder**,
25-26 Nr. 3.00, 27-30 Nr. 3.50, 31-33 Nr. 3.90.

Auf Winterwaren **25% Rabatt.**

Nur Adlerstr. 18a

Um Platz

zu gewinnen für die Frühjahrsware, verkaufe ich: 4818

Herren-Anzüge von 9.50 bis 40.00
Ulster, Paletots von 9.50 bis 36.00
Pelerinen von 6.50 bis 14.00

Nur Adlerstrasse 18a. E. Hahn.

Fritz Hammesfahr, Foché b. Solingen.

Versand gegen Nachnahme oder vorh. Kasse.
Beste Rasiermesser
Res. 20 Stk. 3 Jhr. Garantie.

Kronen-Diamantstahl M. 3.25
Kronen-Silberstahl M. 2.25
Rasiermesser, Weichheit M. 1.50

Katalog illustriert in 5000 verschiedenen Artikeln sende gratis und franco.

Haarschneidemaschine „Perle“ M. 4.25

Zum Schwarzwälder Hof Luisenstr. Nr. 57.

Seute, sowie jeden Mittwoch **Schlachttag.**

Sausgemachte Leber- u. Griebenwürste, sowie ff. Bratwürste. Samstags von 5 Uhr warme Schweinsbratle. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit in bester Zubereitung. - Mönninger Hell- und Dunkelweine.

4700 Georg Feuder.

Haut-Bleichereme

„Chloro“ bleicht Gesicht u. Hände in kurzer Zeit rein weiß. Beseitigt, erprobt, unigibel, Mittel geg. uneheliche Hautfarbe, Sommerproben, überlede, gelbe Flecke, Hautirritationen. **Chloro-creme** Tube 1 Mk. Wirkam unterstützt durch **Chloro-salbe** 60 S von Laboratorium „Deo“, Dresden 3. Erhältlich in Apotheken, Drogerien und Parfümeriegeschäften.

Gegen Mundgeruch

„Chloro-creme“ entfernt alle Mundgerüche, erzeugt im Munde ein angenehmes Wohlgeruch. Zwischen den Zähnen und weiche miltärische Zähne stehende weiche, ohne dem Schmelz zu schaden. Herrlich erfrischend, schmeckt angenehm für Erwachsene und Kinder. 4-8 Wochen ansetzend, 1 Mk. Probierprobe 50 S. In der Unterstadt, Hauptstrasse 10/11a Dresden alleinst. bewandert. Man bestimme Preis und Garantiemit Preis vom Laboratorium „Deo“, Dresden 3. Erhältlich in den Apotheken, Drogerien, Feiler- und Parfümeriegeschäften.

In Karlsruhe: E. Hoff, Hofweg, Drög. 35, Fischerning, Amalienstr. 19

2 Zimmer-Wohnung

mit Küche, Keller und Speicher zu vermieten. 3076 Zähringerstr. 12, Stf. 2. St.

Ausgehämmte Haare

werden fortwährend angekauft und gut bezahlt. 3076 Dorfstrasse 19, Feilergeschäft.

Bekanntmachung.

Die Aufnahme in die Volksschulen der Stadt Karlsruhe betreffend.

Die Schulpflicht dauert 8 Jahre und beginnt an Ostern gleichzeitig mit dem Anfang des Schuljahres für alle Kinder, welche bis zum nächstfolgenden 30. April das 6. Lebensjahr vollenden.

Die Eltern oder deren Stellvertreter werden ersucht, ihre schulpflichtigen Kinder (auch die zurzeit erkrankten) — geboren in der Zeit vom 1. Mai 1906 bis 30. April 1907 (einschließlich) — am 17. Februar ds. Jrs. zur Aufnahme in einem der nachbenannten Volksschulhäuser anzumelden.

Für hier geborene Kinder ist der Impfschein, für auswärts geborene Kinder aber der Impfschein und der Geburtschein bei der Anmeldung vorzulegen.

Kinder, die Privatunterricht genießen sollen, können vom Besuch der Volksschule entbunden werden; die Gesuche sind unter Beifügung der erforderlichen Nachweisungen schriftlich beim Volksschulrektorat einzureichen.

Für Kinder, welche schwächlich oder in der Entwicklung zurückgeblieben sind, kann hinsichtlich des Anfangstermins der Schulpflicht bis zu 2 Jahren Nachsicht erteilt werden. Die Kinder, die bereits an Ostern 1912 oder an Ostern 1912 und 1911 zurückgestellt wurden, sind abermals am 17. Februar unter Vorlage der Zurückstellungsbescheide anzumelden.

Bei der Anmeldung taubstummer, blinder, geistesschwacher, epileptischer und krüppelhafter Kinder haben sich die Eltern oder deren Stellvertreter darüber zu erklären, ob sie durch private Unterweisung oder durch Unterbringung in einer Privat-Lehr- und Erziehungsanstalt ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Erziehung und Unterrichtung der Kinder nachzukommen beabsichtigen, oder ob sie deren Aufnahme in eine staatliche Erziehungsanstalt beantragen.

Schulpflichtige Kinder, die erst nach Eintritt ihrer Schulpflicht (d. h. 1 Jahr verspätet) zur Anmeldung gelangen, werden bei der Entlassung aus der Schule wie die zurückgestellten behandelt, d. h. sie kommen erst auf den auf das vollendete 15. Lebensjahr folgenden Schuljahresabschluss zur Entlassung.

Die Anmeldung erfolgt am Montag, den 17. Februar, vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2 bis 4 Uhr, und zwar in folgenden Schulhäusern:

A. für die erweiterte Knabenschule:

1. in der Karl-Wilhelmsschule (Karl-Wilhelmstraße 1); aus der Gegend östlich vom Durlacher Tor und der Kapellenstraße und nördlich der Kriegstraße;
2. in der Ribellsschule (Markgrafenstraße 28); aus der Gegend zwischen Durlacher Tor, Kapellen-, Kriegs- und Karl-Friedrichstraße;
3. in der Leopoldsschule (Leopoldstraße 9); aus der Gegend zwischen Karl-Friedrich-, Kriegs-, Lessing- und Riefstahlstraße;
4. in der Gutenbergschule II (Goethestraße 34); aus der Gegend zwischen der Riefstahl-, Lessing- und Fröbelstraße und der Kehler-, Herber- und Händelstraße;
5. in der Mühlburger Schule II (Hardtstraße 1); aus der Gegend westlich der Kehler-, Herber- und Händelstraße;
6. in der Bahnhofs- (Baumeisterstraße 22); aus der Gegend zwischen Kriegstraße, Beiertheimer Allee, Luifen- und Winkelmammstraße;
7. in der Nebeniuschule (Nebeniusstraße 34); aus der Gegend südlich der Luifen- und Winkelmammstraße und östlich der Beiertheimer Allee und der neuen Bahnhofsstraße;
8. in der Südenschule I (Südensstraße); aus der Gegend südlich der Kriegstraße zwischen der Beiertheimer Allee und der neuen Bahnhofsstraße und der Fröbelstraße.

B. für die erweiterte Mädchenschule:

1. in der Karl-Wilhelmsschule (Karl-Wilhelmstraße 1); aus der Gegend östlich vom Durlacher Tor zwischen Karl-Wilhelmstraße und Durlacher Allee;
2. in der Schillerschule (Kapellenstraße 1); aus der Gegend östlich der Kronenstraße und vom Durlacher Tor ab südlich der Durlacher Allee;
3. in der Lindenschule (Kriegstraße 44); aus der Gegend zwischen Kronen-, Kriegs- und Ritterstraße;
4. in der Pestalozzischule (Eberlinnenstraße 18); aus der Gegend zwischen Ritter-, Kriegs-, Lessing- und Riefstahlstraße;
5. in der Gutenbergschule I (Kaiser-Allee 55); aus der Gegend zwischen der Riefstahl-, Lessing- und Fröbelstraße und der Kehler-, Herber- und Händelstraße;
6. in der Mühlburger Schule I (Hardtstraße 3); aus der Gegend westlich der Kehler-, Herber- und Händelstraße; Allee und neuen Bahnhofsstraße und der Fröbelstraße;
7. in der Schützenstrassenschule (Schützenstraße 35); aus der Gegend zwischen Kriegstraße, Beiertheimer Allee, Luifen- und Winkelmammstraße;
8. in der Nebeniuschule (Nebeniusstraße 34); aus der Gegend südlich der Luifen- und Winkelmammstraße und östlich der Beiertheimer Allee und der neuen Bahnhofsstraße;
9. in der Südenschule II (Südensstraße); aus der Gegend südlich der Kriegstraße zwischen der Beiertheimer Allee und neuen Bahnhofsstraße und der Fröbelstraße.

C. für die Schulabteilungen der Stadtteile:

1. Rinkheim;
 2. Müppurr;
 3. Beiertheim;
 4. Grünwintel;
 5. Daxlanden;
- Anaben und Mädchen aus diesen Vororten.

D. für die Knabenvorschule:

1. in der Schillerschule (Kapellenstraße 1);
2. in der Gartenstrassenschule (Gartenstraße 22);
3. in der Gutenbergschule II (Goethestraße 34);
4. in der Nebeniuschule (Nebeniusstraße 34).

E. für die Töchterchule (Klasse I):

1. in der Schillerschule (Kapellenstraße 1);
2. in der Lindenschule (Kriegstraße 44);
3. in der Gutenbergschule (Kaiser-Allee 55);
4. in der Nebeniuschule (Nebeniusstraße 34);
5. in der Südenschule II (Südensstraße).

Eine Berechtigung für die Aufnahme in einem bestimmten Schulhause kann jedoch aus der Anmeldung in diesem Schulhause nicht abgeleitet werden, da die Raumverhältnisse für die Zuweisung der Schüler in die einzelnen Schulhäuser maßgebend sind.

Das Schuljahr 1913/14 beginnt am Montag, 31. März 1913, vormittags 8 Uhr.

Karlsruhe, den 5. Februar 1913.

Das Volksschulrektorat:
Durr, Stadtschulrat.

Stadt
Arbeitsamt
Gesucht
für sofort und später
Privatköchinnen 5168
Dienstmädchen
Zimmermädchen
Mädchen zum Anlernen.
Städt. Arbeitsamt
(weibl. Arbeitsnachweis)
Zähringerstraße 100. Tel. 949.

Eilt! Garantiert!
15. Februar Ziehung der
**Badischen 1 Mk.
Geld-Lotterie**
Geldgew. bar ohne Abz.
45 800 Mk.
Hauptgewinn
20 000 Mk.
127 Geldgewinne zus.
13 000 Mk.
8160 Geldgewinne zus.
12 800 Mk.
Lose à 1 M. 11 Lose 10 M.
Porto u. Liste 25 g
empfiehlt Lott.-Untern.
J. Stürmer
Strassburg i. E.
Langstrasse 107.
In Karlsruhe: Carl Götz,
Hebelstrasse 11/15,
Woerner & Wehrle,
Karl-Friedrichstrasse 2,
Gehr. Göhringer,
Kaiserstr. 60, E. Flago,
J. Daringer,
und alle Losverkaufsstellen. 4691

Gut eingeführte deutsche Feuer-
versicherungs-Altien-Gesellschaft
mit Nebenbranchen sucht tüchtigen
Vertreter
zu hohen Bezügen. Offerten
unter Nr. 5226 a. b. Exp.
Zum sofortigen Eintritt wer-
den noch einige geübte
Wumpenportiererrinnen
gesucht. 5233
Näheres Durlacherstraße 34.
Ludwig Götz
Großh. bad. Lotterievernehmer
Preuß. k. d. Klassenlotterie
erinnert an 11. Klasse Erneuerung
u. offeriert Kauflose soweit Vorrat
1/2 1/4 1/2 1/4 208
10.— 20.— 40.— 80.— M.
Ziehung 14./15. Februar. 5234

Extra-Angebot.
Anzüge von 6.— M. an,
Haberzylinder 3.—
sowie Damenkleider, Schuhe,
Sitteln, Weißzeug, kaufen Sie
immer billigt bei
Arnold Schap, Zähringer-
straße Nr. 35.

Gebisse
werden jeden Dienstag angeliefert
Karlsruh. 41, 3. St. Vdh.
pro Zahn von 30 Pfg. an.

Geben auf sämtliche
**Herrenkleider-,
Ulster- und Paletot-
Stoff-Reste** 5232
15% Rabatt.
Lagerbesuch sehr lohnend.
Muster werden keine
verabreicht.
Arthur Baer
Kaiserstr. 133, 1 Tr. hoch.
Eingang Kreuzstr.
bei der kleinen Kirche.

Durlach. Zum Umziehen
Wagen zu vermieten.
A. Gehring, Auerstraße 5

25 000 Stück Taschentücher

die zur Dekoration während der weissen Woche verwendet wurden, gelangen weit unter Wert zum Verkauf.

Serie I **Batist-Taschentücher** mit Hohlsaum Dtz. 80 St., 1/2 Dtz. 40 St. | Serie II **Linon-Taschentücher** Dtz. 100 St., 1/2 Dtz. 50 St.

Restbestände der weissen Woche
ganz ausserordentlich billig.

Modewaren				Stickereien					
Jabots, in vielfacher Ausführung				Schweizer Stickereien in ganz hervor- ragender Ausführung, la. Naturell-Sticks- ereien, Ersatz für Handarbeit, nur die besten Fabrikate der Schweiz					
Serie I	II	III	IV	Serie I	II	III	IV	V	VI
jetzt 25 St.	45 St.	75 St.	95 St.	jetzt 45 St.	65 St.	95 St.	1.45 St.	2.75 St.	4.25 St.
Spachtelkragen für Damen und Kinder				Klöpelspitzen, Stück 3/4 m, jetzt 1.00					
Serie I	II	III	IV						
jetzt 25 St.	65 St.	95 St.	1.25 St.						
Perlhandschalen jetzt Stück 3.75, 85 St.									

Leibwäsche					Taschentücher	
Damen-Hemden, Damen-Nachthemden					Damen-Taschentücher	
Damen-Beinkleider					Schweiz. St.ck., jetzt 1/2 Dtz. 2.20 1.70	
Serie I	II	III	IV	V	Damen-Taschentücher	
jetzt 1.25	1.95	2.75	3.45	4.25	Geschenk-Karton 1/2 Dtz. 95 St.	
Damen-Untertailen, deutsche und ameri- kanische Fassons in jeder gewünschten Ausführung, jetzt ausserordentlich billig					Herren-Taschentücher	
Serie I	II	III	IV	V	mit farbiger Kante 1/2 Dtz. 1.20	
jetzt 75 St.	95 St.	1.65	2.45	3.25	Herren-Taschentücher	
					rein Leinen 1/2 Dtz. 2.20	
					Kinder-Taschentücher	
					weiss, mit bunter Kante 1/2 Dtz. 40 St.	

Ein Waggon Linoleum					
Linoleumläufer	ca. 60 cm	67 cm	90 cm	110 cm	133 cm
Mtr. 75 St.	85 St.	1.25	1.60	1.90	
Linoleum, 200 cm breit	jetzt Meter 2.90 2.25				
Linoleum, Granit, 200 cm breit, durchgemustert	jetzt Meter 4.50 3.90				
Linoleum, Inlaid, 200 cm breit, durchgemustert	jetzt Meter 5.50 4.90				
Linoleum-Teppiche	ca. 150/200	200/250	200/300	200/375	
Meter 5.25	9.75	12.00	16.50	20.00	
Linoleum-Teppiche, durchgemustert	jetzt ca. 200/250 200/275				
Linoleum-Vorlagen	ca. 50/90	70/90	95 St.	1.25	
jetzt 75 St.					
Linoleum-Seife in Carton, Inhalt 2 Stück	Meter 1.35 1.20 95 St.				
Wachstuch, viele Muster					

Wegen Umbau
der Fassade und weil während dieser Zeit die Schaufenster nicht dekoriert werden können ist im Lichthofe
**Großer Extra-Verkauf der Restbestände
aus der Weissen Woche u. Wintersaison**

Extra-Preis
in Bodenteppichen, Bettvorlagen, Läuferstoffen. 5230

Hugo Landauer

Karlsruhe i. B.
Kaiserstrasse Telephone Nr. 6 Lammstrasse.

**Bergebung von Grab-
arbeiten.**
Die Erdarbeiten für das Funda-
ment eines im Gaswerk II zu
erstellenden Gasbehälters sind
zu vergeben. Es sind ca. 7000 cbm.
auszuheben und abzuführen.
Arbeitsbeschreibungen und Be-
dingungen können im Gaswerk II,
Schlachthausstraße Nr. 3, Bau-
bureau, abgeholt werden.
Angebote sind bis spätestens
Freitag den 14. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, ebenfalls selbst
einzureichen. 5231
Karlsruhe, 8. Febr. 1913.
Direktion der städt. Gas-,
Wasser- u. Elektrizitätswerke

Arbeitsvergebung.
Zum Neubau des städt. Kinder-
heims, Ecke Bienen- u. Schelstr.
und der Schule in Müppurr
sind die
Berzug-Arbeiten
zu vergeben.
Angebotsformulare können
beim städt. Hochbauamt, Rat-
haus, II. Obergeschoß, Zimmer
102, abgeholt werden.
Dafelbst sind auch die Angebote
bis
Donnerstag, 20. Febr. d. J.
nachmittags 4 Uhr
mit entsprechender Aufschrift ver-
sehen, einzureichen. 5210
Karlsruhe den 7. Febr. 1913.
Städt. Hochbauamt.

**Gesangverein „Bruderbund“
Karlsruhe-Mühlburg.**
Samstag, den 15. Februar 1913, abends 7/9 Uhr,
findet unsere
jährliche General-Versammlung
statt.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht
2. Anträge und Beschlüsse
3. Neuwahlen. 5009
Hierzu laden wir unsere aktiven und passiven Mitglieder
freundschaftlich ein und bitten um vollzähliges Erscheinen. Anträge
wolle man schriftlich bis zum 14. ds. Mts. beim Vorstand ein-
reichen.
Der Vorstand.

Restaurant „Goldener Adler“
Spezialauschank der Brauerei Kammerer.
Jeden Montag und Donnerstag
Schlacht-Tag.
Hochachtend: Ernst Müller.
Karl Hummel
Stahlwarenhandlung
Kasirmesserschleifen
Karlsruhe i. B. Werdstr. 18.
Die weltberühmten Fabrikate der Firma
B. Kissner, Scherenfabrik, Gross-Umstadt (Hessen)
sind stets in grosser Auswahl am Lager und erfolgt der
Verkauf zu Fabrikpreisen. 170